

SoVD Zeitung

Sozialverband Deutschland – Ihr Partner in sozialen Fragen

Nr. 11 / November 2009 · Ausgabe Niedersachsen

Internet: <http://www.sovd.de> · E-Mail: kontakt@sovde.de

SoVD zu Verbesserungen für Langzeitarbeitslose

Höheres Schonvermögen entbindet nicht von anderen Verpflichtungen

Seite 2

Bundesverfassungsgericht vor Grundsatzurteil

Hartz IV: Wie viel braucht ein Kind zum Leben?

Seite 3

SoVD-Zeitung spezial

„20 Jahre Deutsche Einheit“
Das sind die Gewinner des SoVD-Wettbewerbs

Seite 7-10



Foto: Kirsty Pargeter/fotolia

Gesetzlich Versicherten drohen höhere Kosten

Gesundheit muss für alle bezahlbar bleiben!

Die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und FDP haben gezeigt, dass gerade im Bereich der Gesundheitspolitik die Vorstellungen meilenweit auseinander liegen. Angesichts einer Finanzierungslücke von 7,5 Milliarden Euro innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) besteht jedoch dringender Handlungsbedarf. Ab 2011 soll deshalb umgebaut werden: Auf die Arbeitnehmer kommen dann einkommensunabhängige Beiträge zu, während der Anteil der Arbeitgeber auf dem jetzigen Stand eingefroren wird. Eine Befürchtung des SoVD wird damit zur traurigen Gewissheit: Die Versicherten zahlen die Zeche einer verfehlten Gesundheitspolitik. Schlimmer noch: Werden die Beiträge unabhängig vom Einkommen erhoben, dann kommt das der Einführung einer Kopfpauschale durch die Hintertür gleich. Statt einer spürbaren Entlastung droht neben höheren Beiträgen somit eine Abkehr von der paritätischen Finanzierung der GKV. Unverständnis herrscht darüber bei SoVD-Präsident Adolf Bauer: „Die solidarische Krankenversicherung ist einer der wichtigsten Grundpfeiler des Sozialstaats. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Solidarität im Gesundheitssystem.“

Bereits bei der Einführung des Gesundheitsfonds zum Januar dieses Jahres hatte der SoVD vor den Folgen gewarnt. Vor allem die absehbare Unterfinanzierung machte den Experten des Verbandes Sorgen. Klaus Kirschner, Mitglied im Sozialpolitischen Ausschuss des SoVD-



Fotos: Bilderbox/fotolia, R.-Andreas Klein/fotolia, Monkey Business/fotolia, Maria P./fotolia

Die neue Regierung muss vor allem die steigenden Ausgaben im Gesundheitswesen in den Griff bekommen. Eine qualifizierte Versorgung der Menschen in Deutschland muss dabei in jedem Fall gewährleistet bleiben.

Bundesverbandes, hatte wiederholt darauf hingewiesen, dass nicht allein die Beitragszahler zur Kasse gebeten werden dürfen. Betrachtet man die grundsätzliche Lastenverteilung einmal genau, so fällt schon jetzt ein Ungleichgewicht zulasten der Versicherten auf: Gemessen am Beitrag der Arbeitgeber (7 Prozent) zahlen sie denselben Betrag sowie zusätzlich einen Sonderbeitrag von 0,9 Prozent ihres Einkommens. Darüber hinaus können die Krankenkassen von ihren Mitgliedern Zusatzbeiträge für den Fall verlan-

gen, dass die Krankenkasse mit den ihr zugewiesenen Geldern aus dem Gesundheitsfonds nicht auskommt. Mit den Folgen der Wirtschaftskrise zeichnet sich genau diese Gefahr immer deutlicher ab. Betrug das Defizit der GKV im laufenden Jahr noch 2,3 Milliarden Euro, so steigt diese Summe nach bisherigen Schätzungen für 2010 auf mehr als das Dreifache (7,5 Milliarden Euro).

Für mögliche Zusatzbeiträge gilt bisher eine Obergrenze, die bei einem Prozent des jeweiligen Monateinkommens liegt. Auch den

erhöhten Finanzbedarf der Krankenkassen sowie die Erhebung von Zusatzbeiträgen hatte Kirschner frühzeitig befürchtet. Im Blickpunkt der SoVD-Zeitung vom Januar dieses Jahres äußerte er darüber hinaus die Befürchtung, dass der Arbeitgeberbeitrag eingefroren werde und steigende Ausgaben der GKV künftig nicht mehr solidarisch finanziert würden, sondern allein von den Versicherten zu tragen seien. Genau dies scheint sich nun zu bestätigen.

Fortsetzung auf Seite 2

Blickpunkt

Die Koalition verabschiedet sich von der Solidarität. Alt bekannte Ideen, die nun konkretisiert werden sollen,



verheißen Versicherten in der gesetzlichen Pflegeversicherung wenig Gutes. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, Rentner und Rentnerinnen sollen künftig einseitig die steigenden Kosten in der Pflege schultern. Jüngeren Menschen wird dabei eine verpflichtende private Zusatzversicherung auferlegt – eine überproportionale Belastung für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Aber damit nicht genug: Mit einer Kopfpauschale soll das bestehende Umlageverfahren durch Kapitaldeckung ergänzt werden. Auf diese Weise zahlt künftig eine Altenpflegerin den gleichen Betrag wie der Manager, um den steigenden Kosten in der Pflege Rechnung zu tragen. Schlimmer noch: Arbeitgeber werden beim geplanten Kapitalstock in der Pflegeversicherung gar nicht erst beteiligt. Sie profitieren – wie auch bei entsprechenden Vorhaben in der gesetzlichen Krankenversicherung, bei welchen der Arbeitgeberanteil dauerhaft festgelegt werden soll. Das ist alles andere als fair. Verliererinnen und Verlierer sind – einmal mehr – die Versicherten.

Edda Schliepack
Bundesfrauensprecherin

Anzeige

Als Mitglied im SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

Sterbegeld-Vorsorge Plus:

- Sterbegeld von 1.000 bis 12.500 Euro
- Beitritt bis zum 80. Lebensjahr
- Keine Gesundheitsfragen, lediglich Staffelung der Leistung im 1. Vers.-Jahr
- Doppeltes Sterbegeld bei Unfalltod
- Nur begrenzte Beitragszahlungsdauer
- Beitragsbefreiung bei Pflegestufe III
- Assistance-Leistungen im Trauerfall

Kostenlos Info: 040 7 83 78 87 88

www.ovg.hamburg-mannheimer.de

mit der Organisation
für Verbandsgruppenwerblichungen

HAMBURG
MANNHEIM

Kommentar

Das Blaue vom Himmel

Das Verhältnis der Politik zum Wähler folgt bestimmten Gesetzmäßigkeiten. Zunächst wird mit Versprechungen um Stimmen geworben, an deren Einhaltung beide Seiten eigentlich nicht so richtig glauben. Nicht zu Unrecht, wie die Vergangenheit lehrt: Helmut Kohl versprach blühende Landschaften ohne Steuererhöhungen, es kam der Solidaritätszuschlag. Rot-Grün lehnte 2002 soziale Einschnitte ab, es folgte die Hartz-Reform. 2005 kündigte die CDU eine Mehrwertsteuererhöhung um zwei Prozentpunkte an, die SPD lehnte diese generell ab. Schließlich erhöhten beide Parteien die Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte.

Nach der Wahl setzt die zweite Gesetzmäßigkeit ein: Die neue Regierung bekennt sich zu ihren Wahlver-

sprechen, die man sehr wohl einhalten wolle. Jüngst geschehen im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP. So soll unter Schwarz-Gelb vieles besser und kaum etwas schlechter werden. Der Vertrag ist jedoch vor allem eine Absichtserklärung, in der alles unter einen Finanzierungsvorbehalt gestellt wird. Es kündigt sich die dritte Gesetzmäßigkeit an, nach der Faktoren, die von der Politik nicht gesteuert werden können, die Umsetzung des Geplanten verhindern. Schamlos legt sich die Koalition damit schon jetzt eine passende Rechtfertigung bereit, denn ihr einziges Rezept für die Zukunft lautet Wachstum. Was aber droht, wenn das erhoffte Wachstum ausbleibt? Richtig – eine neue Wahl mit neuen Versprechungen. *jb*

Fortsetzung von Seite 1

Gesundheit muss bezahlbar bleiben

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP sieht vor, dass es für das Jahr 2010 zunächst bei den beschriebenen Regelungen des bisherigen Gesundheitsfonds bleibt. Im darauf folgenden Jahr wolle man einen einkommensunabhängigen Beitrag einführen, was letztlich einer Kopfpauschale gleichkäme. Dies würde bedeuten, dass jeder gesetzlich Versicherte – die Sekretärin genauso wie ihr Chef – den gleichen Beitrag zu zahlen hätte. Für Geringverdiener kündigt die Koalition einen sozialen Ausgleich an. Wie dieser angesichts leerer Staatskassen und angekündigter Steuersenkungen in anderen Bereichen jedoch finanziert werden soll, bleibt unklar. Klar formuliert ist dagegen die Absicht von Schwarz-Gelb, den Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Krankenversicherung auf dem aktuellen Stand einzufrieren. Beitragserhöhungen würden damit allein zu Lasten der Versicherten gehen.

Einheitsbeitrag für Versicherte und Fixbeitrag für Arbeitgeber – angesichts der anstehenden Aufgaben im Gesundheitsbereich für den SoVD das falsche Zeichen. Der Verband bemängelt vor allem, dass sich die Koalition mit ihren Entschlüssen gegen die überwiegende Mehr-

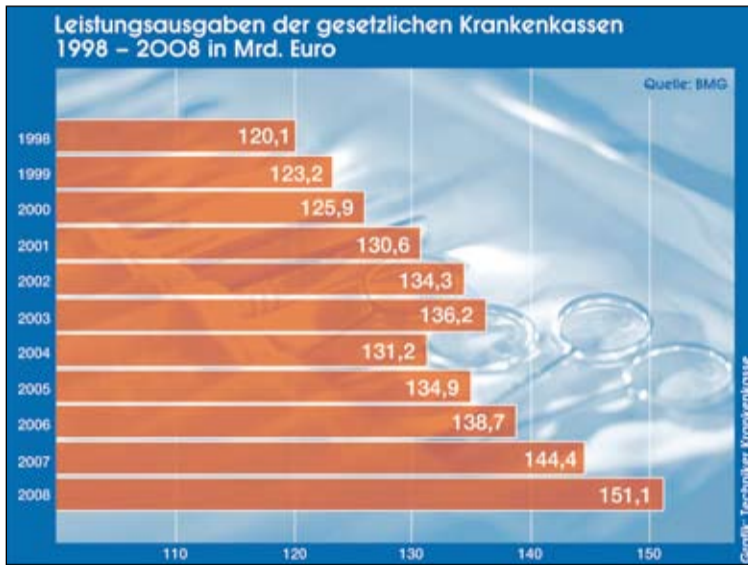
gesetzlichen Krankenversicherung endgültig beseitigt: Während die Bürger mit sinkenden Reallöhnen und einem niedrigen Rentenniveau zu kämpfen hätten, würden die Arbeitgeber aus der Mitverantwortung für die Entwicklung im Gesundheitswesen entlassen.

Angesichts zusätzlicher Belastungen im Bereich der Pflege (siehe Bericht auf dieser Seite) kommt Kritik an den Beschlüssen der Regierungskoalition auch von anderer Seite. Johannes Vöcking, Vorstandsvorsitzender der Barmer Ersatzkasse, warf der Politik Mut- und Ideenlosigkeit vor: Gegenüber der „Neuen Presse“ erklärte Vöcking, die Pläne liefen auf eine Privatisierung der Finanzierung und letztlich auch des Gesundheitsrisikos hinaus. Auch der Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Michael Sommer, warnte vor einem Ende der Solidarität

unter Schwarz-Gelb. Aussagekräftig ist ein Blick auf die Befürworter des Koalitionsbeschlusses: Lob für die Pläne von Schwarz-Gelb kommt von den Arbeitgeberverbänden, der privaten Krankenversicherung und der Pharmaindustrie.

Was bringt die Zukunft? Wenn sich auch im kommenden Jahr noch nichts grundlegend ändern soll, so sind innerhalb der GKV spätestens ab 2011 höhere Belastungen zu befürchten – zumindest für die Versicherten. Angesichts dieser Entwicklung werden sich vor allem gut verdienende und gesunde Menschen einen Wechsel in die private Krankenversicherung überlegen und damit zusätzlich zu dem Prozess der Entsolidarisierung beitragen. Gegen diese Entwicklung kündigte der SoVD schon jetzt massiven Widerstand an.

jb



Grafik: Techniker Krankenkasse

Die Ausgaben der GKV sind in den letzten Jahren stetig gestiegen. Die Prognose für 2009 liegt sogar bei über 168 Milliarden Euro.

heit der Menschen stellt, die sich für eine Stärkung der solidarischen Krankenversicherung ausgesprochen haben. Mit der Festschreibung des Arbeitgeberbeitrages, so SoVD-Präsident Adolf Bauer, werde die paritätische Finanzierung in der

Außerordentliche Bundesverbandstagung

Am 19. Dezember 2009 findet in Hannover um 11 Uhr eine außerordentliche Bundesverbandstagung des SoVD statt. Auf der kurzfristig notwendig gewordenen Tagung müssen Beschlüsse für die Verselbstständigungen von Landesverbänden nach dem Umwandlungsgesetz gefasst werden. Veranstaltungsort ist das Hotel Radisson Blu, EXPO Plaza 5, 30539 Hannover. Einladungen mit Tagesordnung werden den Delegierten rechtzeitig zugehen.

SoVD zu den beschlossenen Verbesserungen für Langzeitarbeitslose

Höheres Schonvermögen entbindet nicht von anderen Verpflichtungen

Union und FDP wollen Langzeitarbeitslose und Hartz-IV-Empfänger besserstellen. Darauf verständigte sich die große Koalitionsrunde in Berlin. Der Zugriff auf das sogenannte Schonvermögen soll erschwert werden, eine Forderung, die der SoVD seit langem erhebt. Auch in der September-Ausgabe der SoVD-Zeitung wurde diese Forderung im Titelthema bekräftigt.

Nach bisheriger Rechtslage müssen Langzeitarbeitslose zunächst ihren Unterhalt grundsätzlich aus ihrem Vermögen bestreiten, bevor sie Hartz IV in Anspruch nehmen können. Die künftige Koalition will nun durchsetzen, dass den Arbeitslosen mehr von ihrem Vermögen bleibt kann als bisher. Aktuell ist ein Betrag von 250 Euro pro Lebensjahr geschützt. Union und FDP wollen allerdings in die Koalitionsvereinbarungen noch keinen konkreten neuen Betrag hineinschreiben. In der Diskussion sind Beträge zwischen 700 und 750 Euro. Hartz-IV-Empfänger sollen zudem künftig mit 400-Euro-Jobs mehr Geld als bisher dazuverdienen dürfen. Bislang wird der überwiegende Teil mit der staatlichen Leistung verrechnet. Die von Union und FDP geplanten Verbesserungen für Langzeitarbeitslose werden voraussichtlich 300 Millionen Euro kosten.

Der SoVD (Sozialverband Deutschland) gibt in diesem Kontext zu bedenken, dass die Anhebung des Schonvermögens zwar als ein



Foto: MarioDL / fotolia

großes Erfolgserlebnis verkauft werde, davon jedoch nur ein verschwindend geringer Personenkreis betroffen sei. „Wer schon Hartz IV bezieht, musste sein Vermögen nach altem Recht verbrauchen, diese Menschen fallen nicht unter die Neuregelung“, mahnt SoVD-Präsident Adolf Bauer. So helfe die Anhebung des Schonvermögens vor allem der privaten Versicherungswirtschaft, die gesetzliche Rente werde hingegen schlecht geredet. Auch die Kosten seien angesichts des Gesamthaushaltes nur eine marginale Größe. Adolf Bauer macht deutlich, dass die Anhebung des Schonvermögens begrüßenswert ist, die aber die künftige Bundesregierung nicht von anderen Verpflichtungen entbinde. „Wir wünschen uns höhere Rentenanwartschaften für Hartz-IV-Bezieher, intensivere Bemühungen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und einen gesetzlichen Mindestlohn. Das sind Punkte, die wichtiger wären als das, was jetzt beschlossen wurde.“

Impfung gestartet – Skepsis bleibt

Schweinegrippe: Wer wird wann wo geimpft?

Die kostenlosen Schweinegrippe-Impfungen sind im Oktober angelaufen. Das bestellte Impfstoff-Kontingent wird nach und nach an die Bundesländer geliefert. In einer Pressemitteilung erklärte das Gesundheitsministerium: „Der Bund hat seine Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor der Neuen Grippe (Schweinegrippe) getroffen. Es liegt ein wirksamer und sicherer Impfstoff vor.“ Über den genauen Ablauf der Impfung entscheiden die Bundesländer in eigener Verantwortung.

Unterschiedliche Expertenmeinungen über die Notwendigkeit und Sicherheit der Impfung haben in der Bevölkerung Verunsicherung ausgelöst. Alle drei in Europa zugelassenen Produkte enthalten Wirkstoffverstärker oder abgetötete ganze Viren. Für Schwangere empfiehlt die Ständige Impfkommission (STIKO) jedoch einen Impfstoff ohne diese Inhaltsstoffe. Die Wirkstoffverstärker kamen zudem wegen fehlender Langzeiterfahrungen unter Kritik.

Das Robert-Koch-Institut sowie die STIKO bleiben bei ihrer Empfehlung einer schrittweisen Impfung verschiedener Personengruppen:

1. Ärzte und medizinisches Personal sowie Mitarbeiter von Polizei und Feuerwehr.
2. Personen für die eine erhöhte Gefährdung oder Ansteckungsgefahr besteht wie Schwangere, chronisch Kranke, die beispielsweise unter Diabetes, Asthma oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen leiden, stark übergewichtige Menschen sowie HIV-Infizierte.

Impfpflicht besteht nicht. Bei Unsicherheit ob Impfung „Ja“ oder „Nein“ empfiehlt sich eine Absprache mit dem Hausarzt. Auch die bestehenden Empfehlungen der STIKO für die „normale“ Influenza sollten beachtet werden. Diese Impfung wird für chronisch Kranke und für über 60-Jährige empfohlen. Weiterhin gilt: Häufig Händewaschen.



Foto: Nattermann / fotolia

Laut Forsa-Umfrage will sich nur jeder fünfte Deutsche impfen lassen.



Bürger-Hotline zur Schweinegrippe montags bis freitags, 8 bis 18 Uhr unter Tel.: 030/346 465 100.

www.neuegrippe.bund.de bietet Infos zu den Impfungen in den jeweiligen Bundesländern sowie Ansprechpartner vor Ort.

SoVD kritisiert Abkehr von paritätischer Finanzierung

Pflege: Schwarz-Gelb plant private Zusatzversicherung

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und FDP wurden Pläne bekannt, wonach sich Schwarz-Gelb möglicherweise von der solidarischen Finanzierung der Pflegeversicherung verabschieden wird. So soll es zusätzlich eine verpflichtende private Zusatzversicherung geben und der Einstieg in eine Kapitaldeckung erreicht werden. Nachdem die Einnahmen der Pflegeversicherung bisher sofort ausgegeben werden, soll auf diesem Weg ein Kapitalstock gebildet werden, über den künftige Belastungen finanziert werden sollen, die sich aufgrund des demografischen Wandels der Gesellschaft ergeben.

SoVD-Präsident Adolf Bauer warnt ausdrücklich vor dem Einstieg in die Privatisierung der Pflegeversicherung: „Es ist unfair gegenüber den Versicherten, dass bei dem geplanten Kapitalstock in der Pflegeversicherung Arbeitgeber nicht mehr beteiligt sind.“ Bauer wandte sich dagegen, die Absicherung in der Pflege den internationalen Kapitalmärkten zu überlassen. Das komme einem Monopoly-Spiel bei der Absicherung von Pflegebedürftigkeit gleich. Der SoVD fordert Bauer zufolge vielmehr eine Aufrechterhaltung der paritätischen Versicherung. Das Umlageverfahren habe sich besonders in Krisenzeiten bewährt und müsse gerade deshalb gestärkt werden.



Foto/Montage: Rose, Marx / fotolia

Wer über Los geht, erhält bei dem bekannten Spiel „Monopoly“ automatisch Geld. Im realen Leben sieht es leider anders aus. Der Aufbau eines Kapitalstocks in der Pflegeversicherung will daher gut überlegt sein.

Bundesverfassungsgericht vor Grundsatzurteil zu Regelsätzen für Minderjährige

Wie viel braucht ein Kind zum Leben? „Hartz-IV-Satz ist verordnete Armut“

Im Verfahren um die Hartz-IV-Sätze für etwa 1,7 Millionen Kinder will das Bundesverfassungsgericht erstmals über Inhalt und Grenzen eines menschenwürdigen Existenzminimums entscheiden. Das kündigte Gerichtspräsident Hans-Jürgen Papier in einer Anhörung am 20. Oktober in Karlsruhe an. Bisher sei in der Rechtsprechung des Gerichts weder der sachliche Gehalt des aus Menschenwürdegarantie und Sozialstaatsprinzip hergeleiteten Existenzminimums geklärt, noch dessen Konsequenzen für den Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers, sagte Papier.

Nahezu der komplette Erste Senat ließ deutliche Zweifel an der Berechnung der 2005 eingeführten Hartz-IV-Leistungen erkennen. Leicht ironisch sprach Papier von einer „punktgerechten Landung“, die der Gesetzgeber damals beim – politisch gewollten – Betrag von 345 Euro geschafft habe: „Sind die Zahlen wirklich valide oder hat man die gegriffen, um auf 345 Euro zu kommen?“, fragte Papier an die Adresse der Bundesregierung.

Auch der SoVD mahnt seit langem an, dass der Hartz-IV-Satz für Minderjährige nicht länger vom Bedarf Erwachsener abgeleitet werden soll-

te, sondern eigenständig ermittelt werden muss. Die Hartz-IV-Leistungen für Kinder sind aus Sicht des SoVD keinesfalls ausreichend. „Auch bei Hartz IV muss es künftig verstärkt individuelle Hilfen geben“, sagte SoVD-Präsident Adolf Bauer in einer entsprechenden Presseerklärung.

Bisher sind die Hartz-IV-Regelsätze lediglich durch einen pauschalen Abschlag auf die Hartz-IV-Beträge für Erwachsene festgelegt worden. Diese Regelung halten das Bundessozialgericht und das Hessische Sozialgericht für verfassungswidrig. Sie haben dem Karlsruher Gericht

die Klagen von drei Familien aus Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen vorgelegt.

Die Kläger halten die Sätze von heute 215 Euro für Kinder unter 6 Jahren (60 Prozent des Regelsatzes) und 251 Euro für Kinder unter 14 Jahren (70 Prozent) für zu niedrig. Ein Urteil wird erst in einigen Monaten erwartet.

Der SoVD hat die künftigen Koalitionspartner aufgefordert, nicht durch Steuerentlastungen privilegierter Familien eine größere Kluft zwischen arme und reiche Kinder zu schaffen. „Die derzeit gültigen Hartz-IV-Sätze für Minderjährige sind verordnete Kinderarmut“, sagte SoVD-Präsident Adolf Bauer.

Auch die Skepsis der Karlsruher Richter reicht weit. Viele ihrer Fragen richteten sich darauf, ob bereits der Regelsatz für Erwachsene – anfangs 345, heute 359 Euro – überhaupt richtig ermittelt worden sei. Grundlage dafür ist die sogenannte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), mit der das Verbraucherverhalten der unteren 20 Prozent in der Einkommensskala erfasst wird.

Zur Berechnung von Hartz IV werden auf bestimmte Posten Abschläge gemacht, zum Beispiel bei der Kleidung – weil in den erhobenen EVS-Zahlen laut Gesetzgeber auch Ausgaben für Maßkleidung und Pelze enthalten seien. Verfassungsrichter Michael Eichberger zog diese Abschläge in Zweifel: Es sei doch sehr fraglich, ob beim ärmeren Fünftel der Bevölkerung für Maßkleidung überhaupt Geld ausgegeben werde.

Die Bundesregierung verteidigte hingegen die geltenden Hartz-IV-Sätze für Minderjährige. Die Höhe der Leistungen sei auf der Grundlage neuer wissenschaftlicher Methoden festgesetzt worden, sagte Sozial-Staatssekretär Detlef Scheele. Er räumte allerdings eine anfängliche Schiefelage des Systems ein: Von 2005 an erhielten alle Kinder unter 14 Jahren 60 Prozent des Regelsatzes. Weil aber der Verbrauch der 6- bis 14-Jährigen höher sei, habe man den Satz kürzlich auf 70 Prozent angehoben.

dpa/veo



Foto: Rose

Ämter zahlen nur einen Teil der Krankenkassenbeiträge von privat versicherten Hartz-IV-Empfängern. Das Sozialgericht Gelsenkirchen entschied in einem aktuellen Urteil gegen diese Regelung.

Finanzierungslücke muss ausgeglichen werden

Bittere Pille: Privat versichert bleiben auch bei Hartz IV

Am 1. Januar 2009 trat ein Gesetz in Kraft, das privat Versicherten, die in Not geraten und auf Hartz IV oder andere Sozialleistungen angewiesen sind, den Weg zurück zur gesetzlichen Krankenversicherung verwehrt. Das heißt: Wer privat versichert ist und zum Hartz-IV-Empfänger wird, muss sich weiterhin privat versichern. Dafür kommt der Basistarif der jeweiligen privaten Krankenversicherung zur Anwendung. Dieser beträgt für 2009 maximal 569,63 Euro und wird von den meisten Kassen auch in dieser maximalen Höhe erhoben. Für Bezieher von Sozialhilfe sowie Hartz IV halbiert sich dieser Betrag auf 284,82 Euro pro Monat. Hartz-IV-Träger und Sozialämter gewähren jedoch nur einen Zuschuss in Höhe von derzeit 129,54 Euro pro Monat. Dies entspricht dem Betrag, der für einen Bezieher von Arbeitslosengeld II auch in der gesetzlichen Krankenversicherung zu tragen ist. Daraus ergibt sich seit Anfang des Jahres ein gravierendes Problem für privat versicherte Hartz-IV-Empfänger: eine Finanzierungslücke von rund 150 Euro pro Monat. Wenn weitere Personen der betroffenen Familie (beispielsweise Kinder) ebenfalls privat versichert sind, liegt der selbst zu tragende Betrag noch weit höher.

Kann der Betroffene die Krankenkassenbeiträge nicht bezahlen, bleibt sein Versicherungsschutz zunächst bestehen. Das Versicherungsunternehmen hat aber ab einer gewissen Höhe von Beitragsrückstand das Recht, den Versicherungsschutz ruhend zu stellen. Dies hat zur Folge, dass nur noch Behandlungen akuter Erkrankungen und Schmerzzustände abgedeckt sind. Zu einer Ruhendstellung kann es bereits nach zweieinhalb Monaten kommen.

In Bezug auf die Beitragsübernahme hat das Sozialgericht Gelsenkirchen in einem aktuellen Fall nun gegen die seit Anfang des Jahres gültige Regelung entschieden (S31 AS174/09ER). Im verhandelten Fall hatte eine privat versicherte Frau mit drei Kindern Hartz IV beantragt und auch bekommen. Ihre Krankenkassenbeiträge wollte die Behörde aber nur im gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen übernehmen. Für den restlichen Betrag von 306 Euro monatlich bestehe kein Anspruch. Dieser Argumentation widersprach das Gericht mit der Begründung, privat Versicherte seien mit gesetzlich Versicherten gleichzustellen. Für diese würden auch die kompletten Beiträge übernommen, wenn sie Hartz IV bekämen. Daraufhin kündigte die Behörde Berufung beim Landessozialgericht an.

Die Entscheidung des Gelsenkirchener Sozialgerichts gehört vorerst zu wenigen Einzelfällen. Es bleibt abzuwarten, welche Entscheidung die nächsthöhere Instanz fällen und welche Signalwirkung davon ausgehen wird. Fest steht, dass der Gesetzgeber die Betroffenen mit mindestens 150 Euro pro Monat im Regen lässt. Dass dies Klagen vor den Sozialgerichten nach sich zieht, überrascht wenig. Man könnte sogar sagen, der Gesetzgeber hat mit der im Januar in Kraft getretenen Regelung Klagen regelrecht provoziert.

Übrigens, privat versicherte Hartz-IV-Empfänger, die ihre Notlage überwinden und beispielsweise in einem Angestelltenverhältnis zu arbeiten beginnen, dürfen bzw. müssen sogar wieder in die gesetzliche Krankenversicherung wechseln. Privat versichert bleiben dürfen sie bei Selbstständigkeit oder wenn ihr Jahreseinkommen über rund 50000 Euro liegt. cm



Foto: lu-photo/fotolia

Die Hartz-IV-Leistungen für Kinder in Deutschland sind aus Sicht des SoVD keinesfalls ausreichend. Bundesweit sind 1,7 Millionen Kinder betroffen. Der SoVD fordert seit langem eine Anpassung der Regelsätze.

Vorsicht bei gleichzeitiger Einnahme von mehreren Wirkstoffen

Risiko Medikamentencocktail

Die Techniker Krankenkasse warnt vor riskanten Medikamenten-Kombinationen. Nicht nur die Ärzte und Apotheker sind hier in der Verantwortung, auch der Patient selbst kann zur Risikovermeidung beitragen.

Nach Angaben der Techniker Krankenkasse (TK) hätten jeweils fünf von Tausend ihrer Versicherten schon einmal zeitgleich Medikamente verschrieben bekommen, deren Kombination ein Gesundheitsrisiko berge, teilte die TK kürzlich in Mainz mit.

Das von der Kasse beauftragte Göttinger Institut für angewandte Qualitätsförderung und Forschung im Gesundheitswesen (AQUA) hatte die Arzneimittelverordnungen von knapp 4,5 Millionen Versicher-

ten der TK ausgewertet. Bei rund 22000 davon sei ein Risiko von gesundheitsgefährdenden Wechselwirkungen der Arzneimittel festgestellt worden.

Als ein Beispiel nannte der Leiter der Landesvertretungen der Techniker Krankenkasse, Andreas Meusch, die Kombination des Cholesterinsenkers Simvastatin mit dem Antibiotikum Clarithromycin – beides seien häufig verschriebene Wirkstoffe. Nimmt man beide zur gleichen Zeit zu sich, besteht nach

Angaben des AQUA-Instituts unter anderem das Risiko, den Herzmuskel zu schädigen. Andreas Meusch appellierte an Ärzte und Apotheker, sich ein umfassendes Bild über alle Arzneimittel zu machen, die ein Patient nimmt. Erst dann sollte zum Rezeptblock gegriffen oder das Medikament abgegeben werden.

„Aber auch der Patient selbst sollte aktiv seinen Arzt oder Apotheker ansprechen, wenn er mehrere Medikamente gleichzeitig nimmt“, rät Meusch. dpa

Neue SoVD-Broschüre zur Patientenverfügung

Im Juni hat der Deutsche Bundestag nach langer Debatte ein Gesetz zur Patientenverfügung verabschiedet und damit endlich die Forderung der obersten Gerichte umgesetzt. Das Gesetz ist seit 1. September in Kraft. Es stärkt das Selbstbestimmungsrecht der Patienten: Ihr persönlicher Wille, wie er in der Patientenverfügung niedergelegt ist, muss beachtet werden – und das unabhängig von Art und Stadium einer Erkrankung. Doch damit eine Patientenverfügung verbindlich ist, muss sie eine Reihe von Anforderungen erfüllen. Diese Neuerung hat der SoVD zum Anlass genommen, seine Broschüre zur Patientenverfügung umfassend zu überarbeiten. Die Broschüre wird noch vor Jahresende den Landes- und Kreisverbänden zur Verfügung stehen.



Wir haben geholfen

„Endlich fühle ich mich wohler“

Barrierefreiheit – oft immer noch ein Schlagwort statt Realität. Diese Erfahrung machte auch Christoph Klosek aus Kiel. Erst nachdem sich der SoVD Schleswig-Holstein einschaltete, war das Amt bereit, die Kosten für den notwendigen Umbau der Wohnung des jungen Mannes zu übernehmen.

Die barrierefreie Gestaltung führt in der Architektur immer noch ein bedauerliches Schattendasein. Dies liegt vor allem an den fehlenden Lehrangeboten an den Universitäten. Wie wichtig eine professionelle Beratung und Betreuung bei einem barrierefreien Umbau ist, zeigt das Schicksal von Christoph Klosek aus Kiel. Er gewann mit Unterstützung des SoVD Schleswig-Holstein den Kampf gegen die Behörden.

Seit einem Autounfall 2008 ist Christoph Klosek querschnittsgelähmt. Als wären die körperlichen und seelischen Folgen dieses Unfalls nicht schlimm genug, musste er auch noch eine langwierige Auseinandersetzung mit den Behörden bestehen.

Obwohl der 22-Jährige auf den Rollstuhl als ständigen Begleiter angewiesen ist, will er ein selbstständiges Leben führen. Eine Wohnung war schnell gefunden, musste jedoch barrierefrei umgebaut werden. Da der Arbeitslosengeld-II-Empfänger das Geld dafür nicht aufbringen konnte, war er auf staatliche Hilfe angewiesen. Die



Foto: SoVD

Der auf Barrierefreiheit spezialisierte Architekt Axel Kreuzfeldt (li.) und Christoph Klosek vor dem neuen, stufenfreien Übergang zwischen Küche und Balkon.

Behörden konnten sich jedoch nicht einigen; keine fühlte sich zuständig und Christoph Klosek wurde bis auf Weiteres in einem Pflege-

heim untergebracht. Erst nachdem sich der SoVD Schleswig-Holstein in den Fall einschaltete, kam der Stein ins Rollen. Das Kieler Amt für Familie und Soziales erklärte sich schließlich bereit, die Kosten für den Umbau in Höhe von 23000 Euro zu übernehmen.

Der SoVD vermittelte den Kontakt zum auf Barrierefreiheit spezialisierten Architekten Axel Kreuzfeldt. Innerhalb von nur elf Tagen wurde die Wohnung rollstuhlrecht umgestaltet – nach einer Wartezeit von fast einem Jahr! Die Türen wurden verbreitert, das Bad umgestaltet und ein stufen- wie absatzfreier Boden geschaffen. Christoph Klosek kann sich nun in seiner Wohnung selbstständig bewegen. Darüber hinaus bezogen seine Eltern die Nachbarwohnung, um im Fall der Fälle für ihn da sein zu können. Insgesamt also eine deut-

liche Verbesserung der Lebensqualität, die Christoph Klosek mit den Worten kommentiert: „Endlich fühle ich mich wieder wohler.“



Urteile aus dem Sozialrecht

Viele Hartz-IV-Bescheide landen vor Gericht

Ein Arbeitsunfähiger muss sich bei der Agentur melden

Auch wenn ein Arbeitslosengeld-II-Empfänger arbeitsunfähig krank ist, darf er nur dann einen vereinbarten Besprechungstermin mit seinem Fallmanager absagen (hier ging es um die Bewerbungen des Arbeitslosen), wenn der Arzt ihm auch bestätigt, dass er krankheitsbedingt gehindert war, den Meldetermin wahrzunehmen. Eine Arbeitsunfähigkeit allein reiche nicht aus, um den Termin ausfallen zu lassen. Weist die Agentur den Arbeitslosen darauf hin und kommt er dem trotzdem nicht nach, so darf ihm der Arbeitslosengeld-II-Bezug gekürzt werden (AZ: L5AS 131/08).

Es besteht kein Anspruch auf „persönlichen Ansprechpartner“

Bezieher von Arbeitslosengeld II können von der Agentur für Arbeit nicht verlangen, dass ihnen ein „persönlicher Ansprechpartner“ zugewiesen wird. Das Bundessozialgericht (BSG) wies mit diesem knappen

Satz die Forderung eines Arbeitslosen zurück, der verlangt hatte, ihm einen „unbefangenen, kompetenten und engagierten persönlichen Ansprechpartner“ zu benennen (AZ: B4AS 13/09R).

Steuererstattung ist „Einkommen“ und kürzt Arbeitslosengeld II

Wird einem Arbeitslosen während des Bezuges von Arbeitslosengeld II Einkommensteuer erstattet, so hat die Agentur für Arbeit die Leistung um den erstatteten Betrag zu kürzen. Dies gilt auch für den Fall, dass die Erstattung das vorhergehende Kalenderjahr betrifft. Im vorliegenden Fall im Jahr 2006 für 2005 geschehen. Das Bundessozialgericht bestätigte die Auffassung der Arbeitsagentur, die den Erstattungsbetrag – auf sechs Monate verteilt – vom Arbeitslosengeld II abgezogen hatte. Die Auffassung des Arbeitslosen, dass es sich bei den 832 Euro um „Vermögen“

handele, für das er freie

beträge in Anspruch nehmen könne, teilte das Bundessozialgericht nicht: Um Vermögen hätte es sich nur dann handeln können, wenn es vor Beginn der Arbeitslosigkeit bereits vorhanden gewesen wäre (AZ: B4AS 49/08R).

Arbeitslosengeld auch jenseits der Grenze

Auch wer jenseits der Grenze lebt, hat Anspruch auf Arbeitslosengeld aus Deutschland – vorausgesetzt, er erfüllt die Bedingungen. Das hat das Bundessozialgericht in Kassel entschieden (Az.: B11AL 25/08R).

Die Richter entschieden im Fall eines Mannes, der seit Juli 2004 in den Niederlanden wohnt und sich 2006 in Deutschland arbeitslos gemeldet hatte. Zuvor hatte er in Aachen gewohnt und gearbeitet. Die Bundesagentur für Arbeit lehnte den Antrag ab. In der ersten und zweiten Instanz war der Arbeitnehmer mit seiner Klage gescheitert. Sozial- und Landessozialgericht hatten argumentiert, Anspruch bestehe nur für Personen mit Wohnsitz im Inland.

Darin sah der Arbeitnehmer einen Verstoß gegen das Verbot der Diskriminierung von Arbeitnehmern in der EU. Auf das Gemeinschaftsrecht komme es in diesem Fall nicht an, entschied das Bundessozialgericht. Ein Arbeitnehmer, der in Deutschland gelebt habe und beitragspflichtig gewesen sei, habe Anspruch auf Arbeitslosengeld, auch wenn er grenznah im Ausland wohne und die übrigen Leistungsvoraussetzungen erfüllt seien. *wb*



Foto: Eppele/fotolia

Hartz-IV-Empfänger müssen Termine bei der Agentur für Arbeit auch bei Arbeitsunfähigkeit wahrnehmen, sonst droht eine Kürzung der Bezüge.



Aus der Rechtsabteilung

Fünf Berufskrankheiten werden neu anerkannt

Zum 1.7.2009 wurde die Berufskrankheiten-Verordnung (BKV) um fünf neue Berufskrankheiten erweitert:

- Gonarthrose (Kniegelenkarthrose) durch Tätigkeiten im Knien nach einer Gesamteinwirkungsdauer kniebelastender Tätigkeit von mindestens 13000 Stunden (BK-Nr. 2112)
- Blutkrebs durch Benzol (BK-Nr. 1318)
- Lungenkrebs durch polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) nach Einwirkung einer bestimmten Lebensdosis (BK-Nr. 4113)
- Lungenkrebs durch das Zusammenwirken von Asbestfasern und PAK (BK-Nr. 4114)
- Lungenfibrose (entzündliche Erkrankung der Lunge) durch extreme und langjährige Einwirkung von Schweißrauch und Schweißgasen (BK-Nr. 4115).

Für eine Entschädigung im Einzelfall müssen die Unfallversicherungsträger prüfen, ob die Betroffenen an ihrem Arbeitsplatz solchen Einwirkungen ausgesetzt waren und diese bei ihnen die Erkrankung verursacht haben.

Wer an einer dieser Erkrankungen leidet und bei wem der Verdacht auf einen beruflichen Zusammenhang besteht, dem wird empfohlen, einen Antrag auf Anerkennung als Berufskrankheit beim Unfallversicherungsträger zu stellen. Bei ablehnenden Bescheiden in der Vergangenheit über die genannten Erkrankungen können Überprüfungsanträge gestellt werden. Eine rückwirkende Anerkennung ist möglich. Hierbei gelten jedoch zumeist Stichtagsregelungen.

Nur für die Erkrankung Nr. 1318 (Blutkrebs durch Benzol) besteht keine Stichtagsregelung. Für die Erkrankung Nr. 4113 (Lungenkrebs durch PAK) gilt der 30.11.2007, für die anderen drei Erkrankungen der 30.9.2002. War die Erkrankung vor diesem Stichtag eingetreten, kann sie nicht als Berufskrankheit anerkannt werden.

Die Stichtage richten sich nach dem Veröffentlichungszeitpunkt der wissenschaftlichen Empfehlungen zur Anerkennung als Berufskrankheit.

Für die Berufskrankheit „Bergmannsbronchitis“ (BK-Nr. 4111) wurde die Stichtagsregelung aufgehoben. Diese Erkrankung kann nunmehr umfassend rückwirkend anerkannt werden, auch wenn sie vor dem 1.1.1993 eingetreten ist. Fälle, die in der Vergangenheit abgelehnt wurden, werden von Amts wegen neu geprüft. Wer diese Erkrankung erstmals melden will, sollte dies nach Möglichkeit bis zum 31.12.2009 tun (für eine umfassende rückwirkende Anerkennung).

Sollten Sie den Verdacht auf eine durch Ihren Beruf verursachte Erkrankung haben, sollten Sie sich von einem Arzt und von unseren SoVD-Beratungsstellen beraten lassen. Bei anerkannter Berufserkrankung haben Versicherte Anspruch auf Heilbehandlung und bei Minderung der Erwerbsfähigkeit auf eine entsprechende Rente. *are*



Foto: Tiphlyashin/fotolia

Für die Berufskrankheit „Bergmannsbronchitis“ (BK-Nr. 4111) wurde die Stichtagsregelung aufgehoben. Diese Krankheit kann nunmehr umfassend rückwirkend anerkannt werden.

Interessenverband mahnt bundesweite Unterschiede an

71 Prozent der deutschen Bahnhöfe sind barrierefrei

Fast drei Viertel aller Bahnhöfe in Deutschland sind rollstuhlrecht. Dies teilte der Interessenverband „Allianz pro Schiene“ in Berlin mit. Demnach können 71 Prozent der Bahnhöfe von Menschen mit Behinderung – aber auch von Radfahrern und Eltern mit Kinderwagen – problemlos genutzt werden. Große Unterschiede gebe es aber zwischen den Bundesländern.

Während in Schleswig-Holstein 88 Prozent der Bahnhöfe barrierefrei sind, sind es im Saarland nur 44 Prozent. Diese Differenzen sind laut Dirk Flege, Geschäftsführer der „Allianz pro Schiene“, „ein schlagender Beweis dafür, dass die Länder unterschiedlich viel für ihre Bahnhöfe tun“. Flege widersprach damit der Bundesregierung, die auf eine parlamentarische Anfrage der Linken geantwortet hatte, allein die Bahn sei für die Barrierefreiheit in Bahnhöfen verantwortlich. „Bahnhofsfinanzierung ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Deutscher Bahn, Bund, Ländern und Kommunen“, sagte Flege. Er forderte alle Beteiligten auf, das Thema gemeinsam voranzutreiben. *dpa*

integ-Veranstaltung zur gesetzlichen Regelung für eine bessere Teilhabe

Referat zum Persönlichen Budget

Ende September fand in der Bundesgeschäftsstelle ein Seminar der integ-Jugend mit der Thematik des Persönlichen Budgets statt. Ziel des Seminars war es, die Besucher der Veranstaltung über die Möglichkeiten der Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets zu informieren. Hierzu referierte Juliane Meinhold vom Kompetenzzentrum „Persönliches Budget“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Berlin.

Zur gesetzlichen Grundlage: Seit dem 1. Januar 2008 haben alle Menschen mit Behinderung und Menschen, die von einer Behinderung bedroht sind, einen Anspruch darauf, dass ihnen zustehende Leistungen zur Teilhabe und Rehabilitation in Form eines trägerübergreifenden Persönlichen Budgets gewährt werden. Dies gilt unabhängig von Alter, Schwere und Umfang der Behinderung. Rechtsgrundlage ist §17 SGB IX und gilt für die Rehabilitationsträger gemäß §6 SGB IX.

Alternativ zur herkömmlichen Sach- oder Dienstleistung bewilligt ein Rehabilitationsträger einen monatlichen Geldbetrag oder in Ausnahmen Gutscheine zum



selbstbestimmten Einkauf von Teilhabe- und Rehabilitationsleistungen. Die Gewährung des Persönlichen Budgets kann sowohl als Komplexleistung als auch als Teilbudget erfolgen. Diese gesetzliche Regelung soll die Grundlage für eine selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sein.

Das Persönliche Budget ist keine zusätzliche Leistung. Die Leistungen, die einem Menschen mit Behinderung zustehen, werden nur anderweitig gewährt. Dies ist eine neue Form der Leistungsgewährung. Der Empfänger des Persönlichen Budgets kann selber entscheiden, von wem er die bewilligten Leistungen bekommen möchte. Hier entscheidet dann nicht mehr der Leistungsträger, sondern der Leistungsempfänger.

„Auch wenn es noch diverse Probleme in der Umsetzung gibt, kann das Persönliche Budget durchaus als Quantensprung für die Erringung der selbstbestimmten Teilhabe behinderter Menschen gewertet

werden“, so Juliane Meinhold vom Paritätischen Wohlfahrtsverband in Berlin. Dies ist auch im Sinne der kürzlich in Kraft getretenen UN-Behindertenrechtskonvention.

Obwohl es einen Rechtsanspruch auf die Erlangung eines Persönlichen Budgets gebe, verweigern einige Leistungsträger dennoch die Inanspruchnahme. Leider würden Menschen mit Behinderung selten rechtlich gegen diese ungerechtfertigten Entscheidungen vorgehen. Auch aus diesem Grund empfahl Juliane Meinhold, vor der Beantragung Beratung in Anspruch zu nehmen. Denn selbst eine Budgetassistenz ist ein zusätzlicher Anspruch im Rahmen des Budgets und erleichtert die Umsetzung des Persönlichen Budgets um ein Vielfaches. Es sei zu hoffen, dass möglichst viele Menschen mit Behinderung diese neue Form der Leistungsgewährung für sich in Anspruch nehmen werden.

Bei einem zehnpromigen Anteil von Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft gebe es hier aber noch viel Informationsarbeit zu leisten. Diese würde sich aber lohnen und den Menschen mit Behinderung einen Weg in die Selbstbestimmung ebnen.

Info

Informationen und Vermittlungen zur Erlangung des Persönlichen Budgets erteilt das Kompetenzzentrum Persönliches Budget des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Tel.: 030/24533-170 bzw. -389, Fax 030/24636-110, E-Mail: budget@paritaet.org, Internet: www.budget.paritaet.org.

Am 15. November ist Volkstrauertag

Stiller Tag zu Ehren der Toten

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gab den Anstoß für die Einführung des Volkstrauertages zum Andenken für die gefallenen Soldaten des Ersten Weltkrieges. 1926 wurde er auf den Sonntag zwei Wochen vor dem 1. Advent festgelegt – als Gedenktag für die Kriegstoten und Opfer von Gewaltherrschaft aller Nationen.

Der Volkstrauertag ehrt die Toten, Verwundeten, Verfolgten zweier Weltkriege und der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft. Für den SoVD, der bereits im Jahre 1917 als Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten gegründet wurde, hat dieser Tag seit je her besondere Bedeutung.

Viele verstehen ihn auch als Mahntag zur Versöhnung, Verständigung und zum Frieden. In gleicher Weise kann er als Ausdruck der Solidarität mit den Trauernden gesehen werden. Wenn er den Verlust auch nicht schwächt, so ist er eine Anerkennung für das Erlittene. Auch wenn der Tod eines lieben Menschen

viele Jahre zurück liegt, gerade an so einem stillen Tag kommen oft nicht nur die guten Erinnerungen verstärkt zurück, sondern auch die an den Verlust – oder die Trauer, den Großvater nie kennengelernt zu haben. Ein freundliches Wort, ein Händedruck oder die schlichte Anwesenheit können Trost spenden.

Die zentrale Gedenkstunde zum Volkstrauertag findet üblicherweise in Berlin nach der Kranzniederlegung statt. Fester Bestandteil dieser Gedenkfeier im Deutschen Bundestag ist das Spielen der Nationalhymne sowie des Liedes „Der gute Kamerad“. In den vergangenen Jahren sprach Bundespräsident Horst Köh-

ler das traditionelle Totengedenken, in dem an die Opfer von Gewalt und Krieg, an Kinder, Frauen und Männer aller Völker erinnert wird. In Anlehnung an die Gedenkfeier in der Bundeshauptstadt werden in den Bundesländern und fast allen Städten und Gemeinden ähnliche Gedenkstunden und Kranzniederlegungen durchgeführt.

Die Orts- und Kreisverbände des SoVD rufen ihre Mitglieder auf, am Volkstrauertag nicht nur im Stillen zu gedenken, sondern an den Gedenkstätten ein Zeichen zu setzen. Ein Zeichen, dass den Toten ein ehrendes Andenken bewahrt wird, aber auch ein Zeichen für den Frieden.



Foto: Stumpf/fotolia

Volkstrauertag – ein Tag der Mahnung und des ehrenvollen Gedenkens an die Toten.



Foto: Beer

Von links: Bibliotheksleiterin Joanna Zamejc, Pädagogin Silke Wittrock, Lesehelferinnen Barbara Harjes und Margret Pias, SoVD-Ortsvorsitzende Rita Wegg und Lesehelferin Anita Fischer.

SoVD-Kampagne Gut tun – tut gut

Unterstützung beim Abenteuer Lesen

Lesen ist Abenteuer im Kopf. Damit alle Schüler der Kooperativen Gesamtschule (KGS) Leeste daran teilhaben können, erhalten sie seit Beginn des neuen Schuljahres Unterstützung von der älteren Generation. Sieben Seniorinnen stellen sich ehrenamtlich als Lesehelfer zur Verfügung. Sie üben einmal pro Woche mit Kindern, die Probleme beim Lesen und Verstehen von Texten haben. Bedarf hätte die Schule an 20 Helfern und hofft daher auf Ausbau des generationenübergreifenden Projektes. „In den fünften und sechsten Klassen haben wir einige Kinder, die Schwierigkeiten beim Lesen und Leseverständnis haben“, berichtet Silke Wittrock, Koordinatorin der Leseförderung. Nun sollen diese Mädchen und Jungen gezielt gefördert werden.

Einmal pro Woche verlassen sie während einer Deutschstunde den Klassenverband, um mit ihrem Lesehelfer zu üben. Die Kinder verpassen zwar eine Unterrichtsstunde, die individuelle Förderung habe aber einen deutlich höheren Wert, so Wittrock. Sie betont: „Das sind keine dummen Kinder. Sie haben Probleme aus Buchstaben Wörter zu bilden und das Gelesene inhaltlich zu verstehen.“ Dieses Manko habe auch Auswirkungen auf andere Fächer. So ist es besonders wichtig, diese Schwäche zu beheben. Die Helfer werden dabei nicht alleine gelassen. Sowohl Silke Wittrock als auch die Deutschlehrer unterstützen die Ehrenamtlichen. Gisela Brink schildert ihre ersten Erfahrungen als Lesehelferin so: „Das sind ganz liebevolle Jungs. Mir haben die bisherigen Stunden viel Freude bereitet.“

Das Engagement der Lesehelfer erfolgt im Rahmen von „Gut tun macht Schule – Schüler helfen Senioren – Senioren helfen Schülern“ des SoVD-Ortsverbandes Kirchweyhe. Die Aktion soll mit Projekten eine Brücke zwischen die junge und ältere Generation schlagen. „Eines unserer Ziele ist, ehrenamtlich gezielt jene Schüler zu unterstützen, die zusätzliche Förderung benötigen“, erklärt Rita Wegg, Vorsitzende des SoVD Kirchweyhe. Umgekehrt helfen beispielsweise in einem anderen Projekt Schüler interessierten Senioren beim Umgang mit Computern und dem Internet.



Briefmarken für Bethel

Die erste Briefmarke wurde 1840 in England verkauft. Seither ziehen die kleinen gezackten Aufkleber unzählige Menschen in ihren Bann. Rund um den Globus entstand eine Sammelleidenschaft. Auch die v. Bodelschwingschen Anstalten Bethel sammeln Marken – und das, mit der Unterstützung von vielen Spendern, im großen Stil. Täglich gehen rund 200 Sendungen mit neuen oder bereits gestempelten Marken ein.

Im September sandte der SoVD ebenfalls ein Paket nach Bethel. Es beinhaltete hunderte Briefmarken, die im Rahmen der Kampagne Gut tun – tut gut von SoVD-Mitgliedern und der Bundesgeschäftsstelle in Berlin gesammelt wurden. Wie alle Spender, erhielt auch der SoVD ein freundliches Dankschreiben. Die Briefmarkenspenden tragen dazu bei, dass in Bethel Arbeitsplätze erhalten bleiben. In der Briefmarkenstelle arbeiten 25 Menschen mit Behinderung. Die Briefmarken werden von ihnen ausgeschnitten, abgelöst, aufbereitet, sortiert und wiederverkauft – überwiegend an Sammler.

Die Arbeit strukturiert den Alltag, fördert Kontakte und stärkt das Selbstvertrauen. Die Erlöse aus dem Verkauf unterstützen wiederum die diakonische Arbeit Bethels für kranke und behinderte Menschen. Wer Neuzugänge für seine Sammlung sucht, kann Gutes tun, indem er in Bethel bestellt.

Foto: berlin2020/fotolia

Info

Um Briefmarken zu spenden oder zu kaufen wenden Sie sich bitte an: Briefmarkenstelle Bethel, Quellenhofweg 25, 33617 Bielefeld, Tel.: 0521/144-3597, Fax: 0521/144-3587 oder E-Mail: briefmarkenstelle@bethel.de.

Im Internet auf www.bethel.de finden Sie weitere Informationen, Bestell- und Spendenmöglichkeiten.

Mitglieder werben Mitglieder – ein mitgliederstarker Sozialverband erreicht mehr!

Beitrittserklärung

(Bitte in Blockschrift ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen und per Post senden an: Sozialverband Deutschland e.V., Bundesverband, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin)

Name	Vorname
Straße	PLZ
Telefon	Ort
Geburtsdatum	E-Mail
SoVD Ortsverband	Eintritt in den SoVD am

Senden Sie mir die Mitgliederzeitung zu, durch:

Ortsverband Postversand

Monatsbeitrag:

Einzelbeitrag 5,00 Euro Partnerbeitrag 7,15 Euro
 Familienbeitrag 9,00 Euro

Der Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar.

Einzugsermächtigung:

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass der Sozialverband Deutschland die laufenden Beiträge an dem jeweiligen Fälligkeitstermin zu Lasten meines Kontos bis auf Widerruf abbucht.

Abruf:

1/4-jährlich 1/2-jährlich
 jährlich

ab	KontoinhaberIn
Konto	BLZ
Geldinstitut	

Der Sozialverband Deutschland hat für seine Mitglieder einen Gruppenversicherungsvertrag abgeschlossen. Um die Vergünstigung des Gruppenversicherungsvertrages zu erhalten, bin ich damit einverstanden, dass hierfür mein Name, mein Geburtsjahr und die Anschrift an den Versicherer weitergegeben werden.

nein ja

Ich bin einverstanden, dass mein Name, Geburts- und Eintrittsdatum in Publikationen des SoVD aus Anlass meines Geburtstages und der Dauer meiner Mitgliedschaft veröffentlicht werden.

nein ja

Ort, Datum

Unterschrift

Die Kündigung der Mitgliedschaft ist nur mit einer Frist von drei Monaten zum Schluss eines Kalenderjahres möglich.

Geworben durch:	Bitte ausfüllen bei Partner- oder Familienbeitrag:
Name	1 Name und Geburtsdatum
Straße	2 Name und Geburtsdatum
PLZ, Ort	3 Name und Geburtsdatum
SoVD Ortsverband	4 Name und Geburtsdatum

Unterschrift (Bei einer Partnermitgliedschaft Unterschrift des Partners)

Jeder kennt einen, der zu uns gehört!

SoVD auf internationaler Fachmesse vertreten

Rehacare als Marktplatz der Branche

Menschen mit Behinderung fanden auf der Rehacare auch dieses Jahr eine breite Palette an Hilfsmitteln und Serviceangeboten. Die jährlich stattfindende Fachmesse hat sich zur internationalen Plattform der Branche entwickelt. Viele Messebesucher machten auch am SoVD-Stand halt. Dort gab es nicht nur Informationen rund um den Verband, sondern auch köstliche Cocktails – gemixt von Auszubildenden des Berufsbildungswerkes Bremen.

An keinem anderen Ort sind Kunden, Handel, Kostenträger und Hersteller in dieser Vielfalt vertreten. Zur Rehacare International 2009 kamen 48000 Fachbesucher sowie Betroffene nach Düsseldorf, um sich bei den 706 Ausstellern aus 29 Ländern über innovative Reha-technik und neue Erkenntnisse zu informieren.

In verschiedenen Themenparks konnten sich die Messebesucher eingehend informieren, konnten viele Ausstellungsstücke betrachten und teilweise auch direkt ausprobieren. Unter anderem stießen die Themen Demenz, barrierefrei Wohnen sowie Menschen mit Behinderung und Beruf auf große Resonanz.

Über großen Andrang durfte sich auch der Messestand des SoVD-Bundesverbandes freuen. Ausgerichtet wurde dieser vom Landesverband Nordrhein-Westfalen. Vor Ort mit dabei war das verbandseigene Berufsbildungswerk (BBW) Bremen.



Foto: Gehms

Von links: BBW-Ausbilder Helmut Brandt-Groscurth, die Azubis Romano Endres, Romina Andrysiak und Anthony Cueva Villanueva sowie der stellvertretende SoVD-Landesgeschäftsführer Nordrhein-Westfalen Frank Birkefeld (hinten) und BBW-Geschäftsführer Gerd Meyer-Rockstedt.

Dieses stand für Informationen zum Thema Ausbildung zur Verfügung und verwöhnte Besucher mit alkoholfreien Cocktails. Die fruchtigen Kreationen wurden von drei Azubis des BBW frisch zubereitet.

Informationsgespräch mit Gästen aus Malaysia

Interkultureller Austausch im SoVD

Die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) unterhält eine Kooperation mit der Organisation der Sozialen Sicherung in Malaysia (SOCO). Der SoVD wurde um ein Informationsgespräch mit Vertretern der SOCO gebeten, um sozialpolitische Probleme zu besprechen und Lösungsansätze auszutauschen.

Die Organisation der Sozialen Sicherung in Malaysia (SOCO) deckt Leistungen an Beschäftigte im Falle von Krankheit, Alter und Unfall ab. Die Kooperation mit der Deutschen Gesetzlichen Unfall-

versicherung (DGUV) zielt darauf ab, von den deutschen Erfahrungen im Management von Rehabilitation, Teilhabe sowie der beruflichen Integration zu lernen.

Zum Gespräch nach Berlin kamen

von der SOCO Edmund Cheong und Mohd Shakir gemeinsam mit Bernhard Pabst von der DGUV. Empfangen wurden sie von Hans-Jürgen Leutloff, Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim SoVD-Bundesverband. Er informierte die Gäste über den SoVD, die Aufgaben der Behindertenverbände und über aktuelle sozialpolitische Brennpunkte. Die Vorschläge und Forderungen des SoVD zur Fortentwicklung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung waren ebenfalls Thema. Die Ausführungen fanden großes Interesse und führten zu einer lebhaften Diskussion. Es zeigte sich, dass sich die Probleme der beiden Länder durchaus ähneln. Beispielsweise bestehen in Malaysia trotz Rehabilitationsleistungen erhebliche Vorurteile seitens der Arbeitgeber.

Hans-Jürgen Leutloff sicherte zu, mit den Herren aus Malaysia in Kontakt zu bleiben und vor allem via Internet für weitere Fragen zur Verfügung zu stehen.



Foto: Schlemmer

Von links: Hans-Jürgen Leutloff, Edmund Cheong, Mohd Shakir und Bernhard Pabst trafen sich zum Informationsgespräch.

Sozialpolitische Ausschüsse arbeiten gut zusammen

Produktive Zusammenarbeit stärken

Im Oktober fand ein weiteres Gespräch zwischen der Abteilung Sozialpolitik des SoVD-Bundesverbandes mit den Vorsitzenden der Sozialpolitischen Ausschüsse bzw. den sozialpolitischen Sprechern der Landesverbände statt. Vor allem vor dem Hintergrund der neuen Regierung sollte die gute Zusammenarbeit fortgesetzt werden.

Der Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses (SPA) des SoVD-Bundesverbandes, Klaus Michaelis, ist Initiator der im März gestarteten Treffen. SoVD-Präsident Adolf Bauer eröffnete das zweite Gespräch. Er betonte, dass der SoVD infolge des Regierungswechsels vor großen Herausforderungen stehe. Gleichzeitig warnte er vor einer Vorverurteilung der neuen Bundesregierung. Allerdings werde sich der SoVD mit Entschiedenheit weiterhin gegen Sozialabbau zur Wehr setzen.

Klaus Michaelis und Hans-Jürgen Leutloff, Abteilungsleiter Sozialpolitik, berichteten über die aktuellen Arbeitsschwerpunkte des SPA und der Abteilung Sozialpolitik. Ebenfalls thematisiert wurden die SoVD-Aktivitäten im Rahmen des Europäischen Jahres 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Danach berichteten die Landesverbände von ihren sozialpolitischen Initiativen. Ihr Engagement, die SoVD-Forderungen voranzutreiben, wurde im Überblick der

Aktivitäten sehr deutlich. Um diese Arbeit weiter zu fördern, wurde den Landesverbänden Unterstützung seitens der Abteilung Sozialpolitik zugesichert und darauf hingewiesen, dass viele Referenten ihre Bereitschaft erklärt hätten, auf Landesebene zu informieren oder Vorträge zu halten. Abschließend betonte Klaus Michaelis: „Gerade vor dem Hintergrund der neuen Regierung ist die Zusammenarbeit wichtig.“ Dass es diese geben werde, waren sich alle einig.

SoVD Zeitung

spezial

Sonderpreis für SoVD-Mitglied Thomas Teichert und Fotograf Jürgen Müller-Schneck

„Wir sind das Volk!“ – Vor 20 Jahren fiel die Mauer

Der 9. November 1989 ist einer dieser Momente, die sich tief in das Gedächtnis der Menschen einbrennen: Man erinnert sich auch Jahre später noch, wo man gerade war oder was man gerade gemacht hat, als man vom Fall der Mauer erfuhr. Der Wettbewerb „20 Jahre Deutsche Einheit“ hat gezeigt, dass dies auch den Mitgliedern des SoVD nicht anders geht.

Jede Geschichte ist auf ihre Art besonders, schildert meist einen sehr persönlichen Moment. So auch die von Thomas Teichert aus dem Landesverband Schleswig-Holstein. Das Foto des Grenzübertritts machte damals der Fotograf Jürgen Müller-Schneck. Außerhalb des regulären Wettbewerbs erhalten beide hierfür einen Sonderpreis zuerkannt.

Die Geschichte von Thomas Teichert, der beim Grenzübertritt voller Freude die Faust reckt, und Jürgen Müller-Schneck, der ihn dabei fotografierte, sind auf gewisse Weise miteinander verbunden. Beide haben den Tag, an dem die Mauer fiel, unterschiedlich erlebt.

Thomas Teichert ist damals 25 Jahre alt und arbeitet als Kochlehrling im Ostberliner Maritim Grand Hotel. Während seiner Nachtschicht hört er wie immer Radio und erfährt so auch von der unerwarteten Ausreisegenehmigung für DDR-Bürger. Er verliert keine Minute und fährt mit seinem Trabbi (Baujahr 1964) zu einem guten Freund, mit dem er auf das Ereignis anstößt. Seiner Mutter schreibt er noch in dieser Nacht einen Zettel, durch den er sie wissen lässt, dass er wiederkommen werde. Dann macht er sich auf den Weg an den Grenzübergang Heinrich-Heine-Straße. Dort warten bereits mehrere Hundert Menschen, die den verunsicherten Grenzbeamten im Chor entgegenrufen: „Wir kommen wieder!“

Es ist früh am Morgen, als der Westdeutsche Jürgen Müller-Schneck wegen eines nur allzu menschlichen Bedürfnisses sein Hotelbett in Ostberlin verlässt. Drei Tage und drei Nächte war der Fotograf gemeinsam mit einem Kollegen in der damali-



Foto: Müller-Schneck

Euphorisch reißt Thomas Teichert seine Faust in die Luft, als er am Morgen des 10. November 1989 Westberliner Boden betritt. Er und der Fotograf des Bildes, Jürgen Müller-Schneck, erhalten hierfür den Sonderpreis der Redaktion der SoVD-Zeitung im Rahmen des Wettbewerbs „20 Jahre Deutsche Einheit“.

gen Hauptstadt der DDR unterwegs. Beide Männer sind dementsprechend müde. Erst im Badezimmer

bekommt Müller-Schneck mit, dass es um ihn herum keineswegs so ruhig ist, wie man es zu nachtschlafender

Zeit erwarten sollte. Als er schließlich den Grund für diese Unruhe erfährt, trifft es ihn wie ein Schlag:

Er hat den vermutlich wichtigsten Moment in seiner Karriere als Fotograf verschlafen. Er greift sich seine Ausrüstung und hastet an den Ort des Geschehens.

Auch Thomas Teichert bekommt in dieser Nacht wenig Schlaf. Es ist 6.40 Uhr, als sich der Schlagbaum vor den wartenden Menschen schließlich hebt und den Weg zur Einreise nach Westberlin frei gibt. Seine Gefühle, erklärt der 25-Jährige später, hätten ihn in diesem Moment beinahe übermannt: „Aus einer sonderbaren Mischung im Bauch aus unendlicher Freude und panischer Angst entstand für ein paar Sekunden lähmende Atemnot.“

Unter dem Applaus der Westberliner, die sich vor dem Grenzübergang versammelt haben und jeden DDR-Bürger jubelnd begrüßen, reckt Teichert die Faust nach oben. In diesem Moment drückt Jürgen Müller-Schneck auf den Auslöser seiner Kamera. An diesem Tag wird er das noch öfter tun. Dennoch verbindet sich mit diesem Foto in einem kurzen Moment das Schicksal zweier Menschen aus Ost und West, die sich auf unterschiedliche Art an den 9. November 1989 erinnern. Der eine, weil er diesen Tag fast verschlafen hätte, der andere, weil für ihn ein Traum unerwartet wahr wurde. *jb*

Bundespräsident Köhler lobt Teilnehmer der Montagsdemonstrationen

„Sie können für immer und ewig stolz darauf sein“

Mit einem offiziellen Festakt im Gewandhaus beging Leipzig den 20. Jahrestag der friedlichen Revolution. Neben Bundespräsident Horst Köhler nahm auch Bundeskanzlerin Angela Merkel an den Feierlichkeiten teil. Am Abend des 9. Oktober 1989 hatten rund 70 000 Menschen in Leipzig für Freiheit und Demokratie demonstriert. Die wöchentlichen Montagsdemonstrationen hatten immer mehr Zulauf erhalten und stellten die Autorität der

DDR-Staatsführung zunehmend infrage. Gerade nach der Niederschlagung der Proteste auf dem Platz des himmlischen Friedens in China war daher zu befürchten, dass es auch in Leipzig zu Repressionen kommen könnte. In seiner Rede, die wir in Auszügen abdrucken, würdigte Bundespräsident Horst Köhler daher ausdrücklich den Einsatz und den Mut der Menschen vor 20 Jahren.

„Als Pfarrer Christian Führer am 9. Oktober 1989 nach dem allwöchentlichen Montagsgebet die Türen der Nikolaikirche öffnete, da war der Vorplatz schwarz vor Menschen. Da waren Ängstliche und Mutige, Zögerliche und Entschlossene, da waren SED-Mitglieder und entschiedene Gegner der SED. Da waren 70 000. Sie mussten mit dem Schlimmsten rechnen, denn es gab klare Drohungen.“

„In jenen Oktobertagen stand alles auf Messers Schneide. Aber die Revolution blieb friedlich. Die Demonstranten in Plauen, Dresden und Leipzig hielten sich strikt an ihre eigene Forderung: „Keine Gewalt“.“

„Am Ende sahen die örtlichen Verantwortlichen der Partei und der ‚bewaffneten‘ Organe ein: Ihre Einsatzpläne waren volksfeindlich, waren unmöglich, waren Makulatur. Die Befehlshaber warteten nicht auf Erlaubnis aus Ost-Berlin, sondern sie entschieden: Keine Gewalt gegen


 Foto: Chaperon/Bundesregierung
 Bundespräsident Horst Köhler

das Volk!

So wurde am 9. Oktober 1989 die ‚Friedliche Revolution‘ geboren. 70 000 Menschen fassten sich 70 000 Herzen. 80 Millionen andere in Ost und West waren gerade anderweitig beschäftigt. Aber die 70 000 in Leipzig waren wach und verzweifelt und fröhlich und furchtsam und aufsässig und traurig und voller Hoffnung und genau am richtigen Ort. Es war ein

großer und ein glücklicher Tag der deutschen Geschichte. Liebe Landsleute, viele von Ihnen waren damals dabei – danke. Sie können für immer und ewig stolz darauf sein.“

„Einen Monat nach dem 9. Oktober 1989 fiel die Mauer; ein knappes halbes Jahr später sagten die Menschen in der DDR bei den ersten freien Wahlen dort Ja zur Einheit und Ja zum Grundgesetz. Seit dem 3. Oktober 1990 gehen wir Deutsche unseren Wegungemeinsam. Und gemeinsam haben wir eine Menge erreicht.“

„Es ist aber auch das Vermächtnis der friedlichen Revolution von 1989, für solche Verbesserungen selber aktiv einzutreten, statt nur heruzukritteln. Damals sind Millionen Menschen auf die Straße gegangen, weil ein Wunsch alle bewegte: Wir wollen in einer besseren Gesellschaft leben. Dieser Wunsch ist nicht erledigt, er muss überall in Deutschland wach bleiben und zum Guten wirken. Dafür gibt es tausend Gelegenheiten

– in der Bürgerinitiative, im Sportverein, in der Kirchengemeinde, im Elternbeirat und in den politischen Parteien.“

„Was vor 20 Jahren in Leipzig und in anderen Städten der DDR geschah, das war Demokratie, gemacht von Menschen, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Die Bürgerinnen und Bürger der DDR erkämpften sich ihren Weg zu einem Staat, der nicht bloß dem Namen nach demokratisch scheint, sondern wirklich demokratisch ist. Es ist unser Staat,

in dem wir frei und fair unsere Zukunft bestimmen können.“

Am 9. Oktober 1989 und in den zwanzig Jahren danach haben die Menschen in Leipzig gezeigt, was Bürgerinnen und Bürger bewegen können, wenn sie auf ihre gemeinsame Kraft vertrauen, wenn sie sich zusammenschließen und ihr Schicksal gestalten. Bewahren wir uns diesen Geist und lassen wir uns immer wieder von ihm beflügeln – hier in Leipzig und überall in unserem schönen Vaterland.“

Inhalt

- Bundespräsident Horst Köhler lobt Leipziger Demonstranten: „Sie können für immer und ewig stolz darauf sein“ **Seite 7**
- Das sind die Gewinner des SoVD-Wettbewerbs – die besten Geschichten und Fotos der SoVD-Mitglieder **Seite 8 und 9**
- Dieses kleine Zeitfenster, in dem alles möglich war – eine Auswahl ebenfalls prämiierter Einsendungen **Seite 10**
- Die Entwicklung der SoVD-Landesverbände 1989/1990 – Rückblick auf die Einheit des damaligen Reichsbundes **Seite 10**

Das sind die Gewinner des SoVD-Wettbewerbs

Ein Moment der Nähe

Es ist vollbracht: Aus den zahlreichen Einsendungen, die uns erreicht haben, hat die Redaktion der SoVD-Zeitung die Gewinner ermittelt. Wie so häufig bei Wettbewerben, so gilt auch hier: Es war nicht einfach!

Vielfach haben uns überaus persönliche Geschichten und Fotos erreicht, haben uns Menschen ganz private Erlebnisse geschildert. Aufgrund des eigenen Schicksals oder der politischen Entwicklung seit 1989 blickte manch einer dabei auch etwas verbittert zurück. Die große Mehrheit jedoch zeigte sich auch zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer noch beeindruckt von den damaligen Ereignissen. Den Mitarbeitern der Redaktion war ein Gedanke wichtig, den auch einer der prämierten Texte schildert. Er berichtet von der Überschwänglichkeit und der Freude der Menschen in dieser Zeit. Dies habe zu einem Augenblick geführt, der „so viel Nähe produziert“.

Auf Seite 10 drucken wir ebenfalls prämierte Einsendungen ab, wenngleich wir natürlich nicht alle Texte und Fotos in der SoVD-Zeitung veröffentlichen können. Die Gewinner werden daher auf dem Postweg benachrichtigt und die Preise werden im Laufe des Monats verschickt.

Nach der Wende hatte ich einen Bruder

Der Fall der Mauer hat das Leben zahlreicher Menschen grundlegend verändert. Für Hans-Dieter Gerull, SoVD-Mitglied im Kreisverband Verden (Landesverband Niedersachsen), gilt das in besonderem Maße. Kurz nach der Wende stellte er bei Nachforschungen über seine Mutter fest, dass er seit 37 Jahren einen Bruder hatte. Über seine Geschichte hat Hans-Dieter Gerull mit der SoVD-Zeitung gesprochen. Im Rahmen des Wettbewerbs „20 Jahre Deutsche Einheit“ erhält er hierfür den ersten Preis.

Hans-Dieter Gerull wird 1952 im sächsischen Erlabrunn geboren und verlässt eine weitgehend glückliche Kindheit. Erst im Alter von 12 Jahren erfährt er von seinen Eltern, dass diese ihn im Alter von einem Jahr als Pflegekind aufgenommen hatten. An seine leibliche Mutter hat der Junge keinerlei Erinnerung. Dennoch lässt ihm die Ungewissheit von nun an keine Ruhe – er möchte mehr über seine Mutter und die Umstände seiner Adoption herausfinden. Ganz offen spricht der junge Mann darüber auch mit seinen Pflegeeltern, die für ihn auch weiterhin Mutter und Vater bleiben.



Foto: privat

Langsames Kennenlernen nach einer getrennten Kindheit in Ost und West: Hans-Dieter Gerull (re.) mit seinem Bruder Alfred und dessen Ehefrau bei einem Besuch in Bremen.

sicher, seinen Bruder aufgespürt zu haben. Vorseinem nächsten Anruf ist er daher schon um einiges nervöser. „Ich musste erstmal zwei oder drei Schnäpse trinken, so aufgeregt war ich“, schildert der heute 57-Jährige diesen Moment. Schließlich fasst er sich ein Herz. Dieses Mal spricht er mit der Frau seines Bruders, die das Ganze zunächst für einen Scherz hält. Nachdem er ihr jedoch die Ergebnisse seiner Nachforschungen schickt, meldet sich Alfred Gerull tatsächlich bei ihm. Beide Männer beschließen, sich zu treffen.

Im Vorfeld dieser ersten Zusammenkunft ist Hans-Dieter Gerull jedoch keinesfalls ruhiger. Die Aufregung nimmt eher noch zu. Zwar hatte er seinem Bruder angeboten, diesen mit dem PKW von der Au-

Suche weiter. Für „Gerull“ kommen zwei Einträge infrage. Eine Telefonnummer im Ruhrgebiet erweist sich als falsche Spur. Volltreffer dann aber beim nächsten Anruf. Zwar geht Alfred Gerull nicht selbst ans Telefon, stattdessen meldet sich ein Mitarbeiter und erklärt, der Chef sei gerade nicht da. Er fragt, ob er etwas ausrichten sollte? Hans-Dieter Gerull überlegt kurz und entgegnet dann knapp: „Ja, richten Sie ihm mal aus, er hätte ab heute einen Bruder.“

Nun ist sich Hans-Dieter Gerull

tobahnabfahrt in den Ortskern zu lotsen, damit er nicht erst lange suchen müsse. Doch muss diese Aufgabe dann sein Sohn übernehmen, wie Hans-Dieter Gerull erzählt: „Ich war so aufgeregt, dass ich wahrscheinlich das Bremspedal mit der Kupplung verwechselt hätte.“ Dann aber stehen sich die beiden Männer schließlich gegenüber, umarmen sich spontan. Jeder hat Fragen an den jeweils anderen. Hans-Dieter Gerull schildert, warum es dennoch nicht einfach war: „Es war sehr be-

wegend, wenngleich auch für uns beide ein wenig schwierig: Man möchte so viel wissen und erfährt dann doch recht wenig.“ Auf viele Fragen werden die Brüder nie eine Antwort erhalten, denn ihre Mutter war 1983 verstorben. Die genauen Hintergründe ihrer Flucht in den Westen und die Beweggründe, aus denen heraus sie ihren ersten Sohn zurückerließ, bleiben wohl für immer ungeklärt.

Wenn Hans-Dieter Gerull heute an die Zeit des Mauerfalls und die darauf folgenden Monate zurückdenkt, dann erinnert er sich vor allem an eine mitreißende Aufbruchstimmung: „Es ging nicht nur darum, dass man sich über ordentliche Schokolade oder Bananen gefreut hat. Wir wollten was machen aus unserem Leben!“ Auch Hans-Dieter Gerull sucht nach der Wende einen Neuanfang. Er arbeitet zunächst für eine Hamburger Spedition, holt später seine Familie nach. Den Ausschlag für seine Entscheidung gibt damals die berufliche Zukunft des ältesten Sohnes. Heute haben die drei Kinder der Familie Gerull ihre Ausbildung abgeschlossen, sind selbst berufstätig und haben teilweise bereits eine eigene Familie gegründet. Was ihre Zukunft angeht, so steht eines mit Sicherheit fest: Anders als ihr Vater werden sie nicht irgendwann vor der Erkenntnis stehen, dass sie noch weitere Geschwister haben, von denen sie bisher nichts wussten. *jb*



Foto: Schlüter

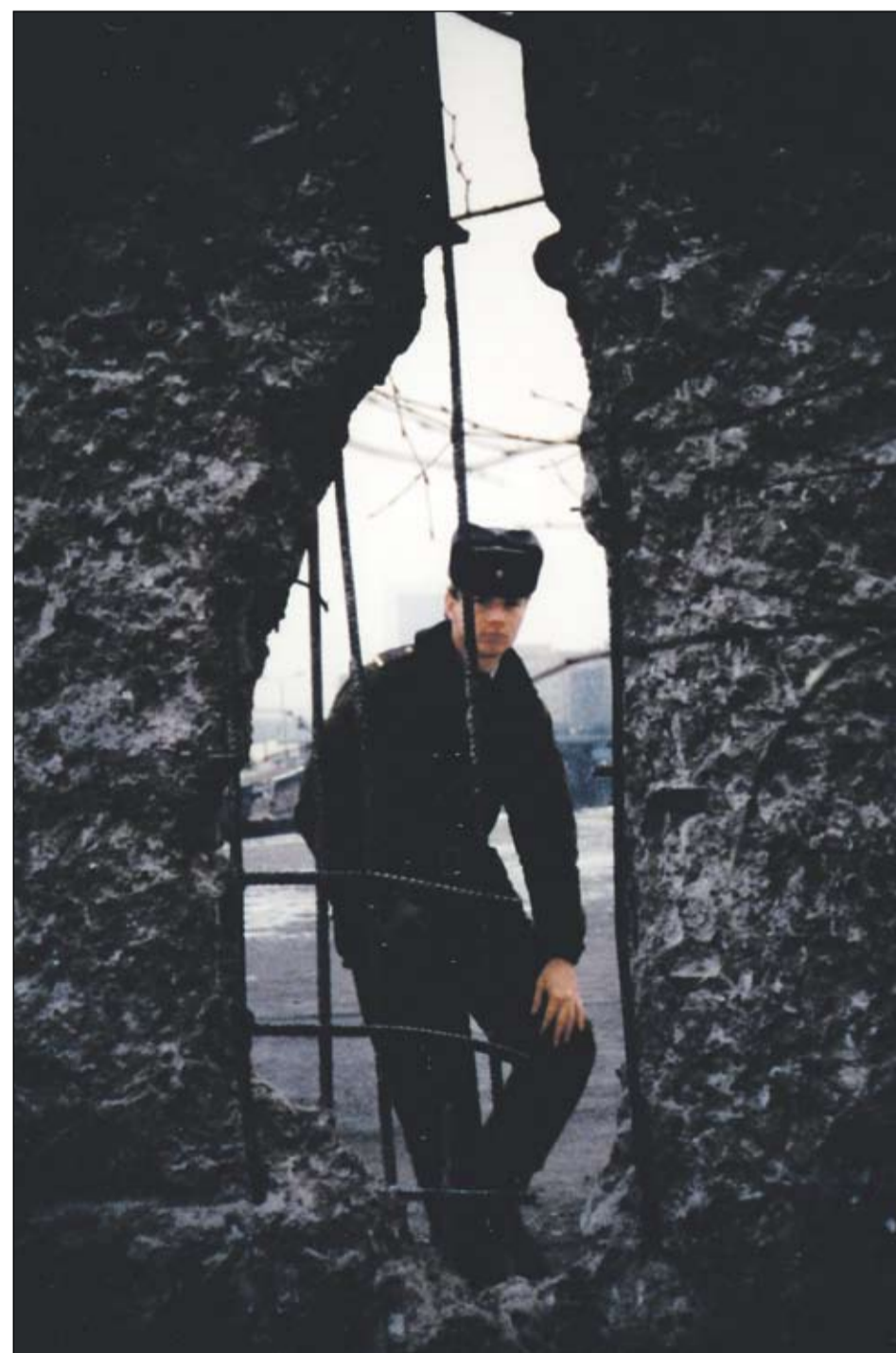


Foto: Thoms

Die Gewinnerfotos des Wettbewerbs „20 Jahre Deutsche Einheit“ spiegeln Überzeugung der Redaktion die besondere Atmosphäre der damaligen Zeit wider. Karlheinz Schlüter (SoVD-Landesverband Nordrhein-Westfalen) besuchte wenige Monate nach der Maueröffnung Ostberlin. Dabei entstand das Foto mit den russischen Militärangehörigen, das wir mit dem ersten Platz würdigen (oben). Schlüter hierzu: „Wir konnten kein Russisch und die Soldaten kein Deutsch, an-



Foto: Günther

getrieben durch gegenseitige Neugier machten wir ein Erinnerungsbild.“ Brigitte Thoms (SoVD-Landesverband Hamburg) erhält für ihren „Blick durch die Mauer“ den zweiten Preis (links). Für den jungen DDR-Volkspolizisten, so Thoms, müsse damals eine Welt zusammengebrochen sein. Auf Platz drei: Der Mauerspecht, den Elke Günther (Landesverband Schleswig-Holstein) kurz nach der Wende entdeckte (rechts).

Trabbi trifft BMW – 20 Jahre Freundschaft

Gisela Gocke-Hüne ist SoVD-Mitglied im Ortsverband Bad Nenndorf (Landesverband Niedersachsen). Für ihre Einsendung im Rahmen des Wettbewerbs „20 Jahre Deutsche Einheit“ erhält sie von der Redaktion den zweiten Preis zuerkannt. Ihre Geschichte beginnt am 9. November 1989: Gemeinsam mit ihrem Mann verfolgt Gisela Gocke-Hüne an diesem Abend den Fall der Mauer im Fernsehen. Beide können zunächst nicht glauben, was sie dort sehen. Am folgenden Tag müssen beide arbeiten, doch am 11. November macht sich das Ehepaar gemeinsam auf den Weg an die Grenze.

Wir fahren nach Helmstedt, um die Freude der Menschen zu erleben. Um 11.30 Uhr parken wir unseren 5er BMW in einer Seitenstraße und begutachten erstmalig auf der Gegenseite einen Trabbi. Und da kommt auch schon ein Pärchen des Weges, das uns wohl beobachtet hat. Sie sind die Besitzer des Trabbi. Keck spricht der Mann meinen Mann an: „Na, wollen wir tauschen?“ und zeigt auf den BMW und seinen Trabant. „Das würde ich an Ihrer Stelle auch sagen“, kontert mein Mann gleich zurück. Wir sind alle überrascht von der Überschwänglichkeit und der Freude der Menschen, wo der Augenblick so viel Nähe produziert, und sie erzählen, dass sie erstmal ihr Begrüßungsgeld abgeholt, so viele verschiedene Brotsorten noch beim Bäcker gesehen haben und überhaupt ganz benommen sind von all den Waren in den Geschäf-

ten. Aber mit uns im Lokal anstoßen können sie nicht, ihr Mann muss „auf Arbeit zur Mittagschicht“. Sie sind auch sehr früh losgefahren, weil sie es nicht glauben konnten und erleben wollten, ob man einfach so über die Grenze fahren kann. Wir sind uns gleich sympathisch und tauschen noch unsere Adressen. Nun geht die Post hin und her und wir verabreden uns in Königsblutler zu einem näheren Kennenlernen. Es folgen gegenseitige Besuche, wir lernen ebenfalls ihre Eltern kennen und schätzen. Als der Mann arbeitslos wurde, hat mein Mann in verschiedenen Unternehmen die Beschäftigungsmöglichkeiten recherchiert.“

(...)

„1996 kam ihre Tochter Elisa zur Welt und ich wurde Patentante. Nun ist sie 13 Jahre alt und kommt gern in den Ferien. Aber auch sonst hö-

ren und sehen wir uns alle fünf regelmäßig im Jahr und besuchen uns an Geburtstagen.

Die Familie ist im Osten wohnhaft geblieben, sie hat vor fünf Jahren ihr eigenes Häuschen in Haldensleben gebaut, und sie fühlen sich dort sehr wohl. Wir selbst haben auch vor vier Jahren nochmals gebaut, vor Kurzem unsere Rente beantragt und sehen mit Spannung darauf, was die Zukunft bringen wird. Für beide Seiten ist die Freundschaft eine Bereicherung und hat zu mehr Verständnis für das Leben im Osten wie im Westen geführt.

Wir mögen uns sehr; und die zwanzig Jahre feiern wir in den Herbstferien. Wir fahren gemeinsam für zwei Tage in die Messestadt Leipzig und werden dort auf unsere lang anhaltende Freundschaft und die Zukunft anstoßen. So etwas ist nicht selbstverständlich.

Ein Wunder – wenn nicht jetzt, wann dann?

Helmut Osterberg gewinnt für seinen Wettbewerbsbeitrag den dritten Preis. Der heute 86-Jährige ist seit 1993 Mitglied im SoVD-Landesverband Nordrhein-Westfalen und war bis 1989 als evangelischer Religionslehrer in Brandenburg tätig. Als er am 9. November spät abends auf dem Weg nach Hause ist, verfolgt er im Autoradio eine seltsame Szene: Menschen würden sich durch einen geöffneten Übergang nach Westberlin drängen! Helmut Osterberg tut die Sendung als pure Fantasie ab, kann sich nicht vorstellen, den Mauerfall tatsächlich noch zu erleben. Dennoch gehen seine Gedanken einige Tage zurück.

Donnerstag, 9. November 1989
Letzten Sonntag hatten wir weinend und winkend unseren Sohn am Tränenpalast neben dem Bahnhof Friedrichstraße verabschiedet. Wegen des Versuchs, die DDR illegal zu verlassen, war er zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Nach zehn Monaten von „drüben“ (BRD) freigekauft, hatten wir ihn nach langer Zeit für einige Stunden wieder gesehen. Also – was soll das: Maueröffnung für alle? Nach wenigen Minuten war ich daheim. Meine Frau war schon zu Bett gegangen.“

Freitag, 10. November 1989
„Ich lag noch im Bett. Meine fleißige Frau war beim Reinemachen und hatte das Radio an. Einen Fernseher hatten wir nicht. Da kam sie die Treppe herauf, trat an mein Bett und sagte aufgeregt: „Du, Helmut, da läuft was Verrücktes im Radio – das kann doch nicht wahr sein!“ Ja, was denn?“ In Berlin soll die Mauer auf sein. Die Leute strömen durch die

Übergänge, einfach so, ohne Passierschein, und die Grenzer gucken zu! „Was?“, rief ich, war im Nu aus dem Bett und gemeinsam hörten wir unten am Radio kopfschüttelnd den Lauf der unbegreiflichen Ereignisse. Die Mauer war tatsächlich offen! Dann erzählte ich meiner Frau, was ich am Abend vorher im Auto gehört hatte.

Was nun? Auf nach Berlin! Wir ließen alles stehen und liegen, führen im Trabbi bis Königs Wusterhausen und im Gedränge mit vielen anderen, die natürlich dasselbe Ziel hatten, in der vollen S-Bahn bis Bahnhof Friedrichstraße. Und dann, mehr geschoben als gelaufen, durch den schmalen Übergang ohne Passierschein – auch den Personalausweis wollte keiner der Männer in Uniform sehen – waren wir auf der Westseite, stiegen in die nächste S-Bahn, die uns bis zum Bahnhof Zoo brachte. Da fiel uns ein Plakat auf: Einladung zu einem Dankgottesdienst in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Das war’s!

Das allein war unser aller Situation angemessen: ein Dankgottesdienst, wenn nicht jetzt, wann dann? Und wir schafften es, saßen kurz darauf in der großen, vollen Kirche, hörten die Predigt des Bischofs und sangen tief bewegt im großen Chor mit: Nun danket alle Gott, der große Wunder tut.

Sehr gerne wären wir noch durch das Brandenburger Tor geschritten, doch das war leider zu weit entfernt. Wir sahen uns noch eine Weile stauend um und machten uns dann auf den Weg zu unseren Freunden Christa und Götz, die vor Jahren als Studenten aus der DDR geflohen waren. Das gab ein freudiges Wiedersehen! Auch andere Freunde kamen noch dazu und spät am Abend reichten dann die Liegen nicht für alle, so dass einige auf Matratzen auf dem Fußboden schlafen mussten. So erlebten wir genau einen Monat nach dem „Wunder von Leipzig“ das „Mauer-Wunder von Berlin“ am 9. und 10. November 1989.

Danke an alle, die mitgemacht haben

Wir bedanken uns noch einmal ausdrücklich bei allen Mitgliedern und Freunden des SoVD, die sich im Laufe der vergangenen Monate an unserem Wettbewerb zum Jubiläum des Mauerfalls beteiligt haben. Wer uns Fotos zugeschickt hat, wird diese im Lauf der nächsten Wochen per Post zurück erhalten.

Ebenso bedanken wir uns für die bereitwillige Unterstützung durch folgende Unternehmen und Organisationen:
Estrel Hotel Betriebs GmbH • Stars in Concert Veranstaltungen-GmbH • Studio Hamburg Distribution und Marketing • Der Hörverlag GmbH • Zeitungsdruck Dierichs GmbH

& Co. KG • Icestorm Distribution Berlin GmbH • Verlag C. H. Beck München • Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG • Ampelmann GmbH • Polyband Medien GmbH • Nicolaiische Verlagsbuchhandlung GmbH • Film Europa • Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Eine Auswahl der ebenfalls prämierten Einsendungen zum Wettbewerb

Dieses kleine Zeitfenster, in dem alles möglich war

Es gibt so viele Einsendungen, die es wert wären, hier abgedruckt zu werden. Doch natürlich reicht der Platz hierfür bei Weitem nicht aus. Deshalb haben wir uns für Auszüge aus verschiedenen Texten entschieden, die uns im Laufe des Wettbewerbs erreicht haben. Darunter sind sowohl lustige Begebenheiten als auch mahnende und ernsthafte Beiträge.

Es liegt in der Natur der Sache, dass viele Menschen den Herbst 1989 und die Zeit danach sehr unterschiedlich erlebt haben. Vielleicht finden auch Sie sich beim Lesen in dem einen oder anderen Zitat wieder. Etwa in diesem: „Für einen kurzen Moment gab es dieses kleine Zeitfenster, in dem alles möglich war.“

„Eigentlich wollten wir unseren 18. Hochzeitstag ganz groß feiern. (...) Genau an diesem Tag kam es beim Montagsgebet in der Nikolai-Kirche in Leipzig zu dem Massenaufbegehren von 70000 Menschen. Obwohl schon ein riesiges Militärkontingent aufgeföhren war, kam es nicht zum Schießbefehl. Das war wohl Gorbatschow zu verdanken. (...) Für mich beginnt deshalb die Deutsche Einheit schon an unserem Hochzeitstag.“

Gabriele Ziegenbein

„Als 20-Jähriger habe ich meinen Wehrdienst beim damaligen Bundesgrenzschutz geleistet und wurde während dieser Zeit Zeuge des Fluchtversuchs einer Person aus der DDR. (...) Trotz aller Freude über die Wiedervereinigung sollten wir der Menschen gedenken, die damals ihr Leben gelassen haben.“

Werner Krause

„Wie habe ich den 9. November 1989, den Tag der Maueröffnung, erlebt? Ich habe zu der Zeit noch in einem Reformhaus gearbeitet. Wir hatten dort den ganzen Tag das Radio an und verfolgten die Nachrichten. Ich erinnere mich noch genau an die Ansprache von Willy Brandt in Berlin. Diese wurde im Radio live übertragen. Vor lauter Lärm konnte man nicht viel verstehen und doch war das Ganze unglaublich für mich. Als Kind sind wir mit den Eltern öfter einmal zur Grenze gefahren. Es war nicht weit weg von uns. Jetzt mit einem Mal kam ein Teil Deutschlands dazu, den ich gar nicht kannte, Orte, von denen ich nie gehört hatte.“

Sabine Wilke

„Am 9. November 1989 hatten wir abends, anlässlich unserer silbernen Hochzeit, zahlreiche Gäste eingeladen. Die von meinem Ehemann vorgetragene Begrüßungsrede wur-

de durch den Zuruf „Die Mauer ist geöffnet!“ unterbrochen. Er setzte seine Rede ohne zu zögern fort und sagte: „Ich habe vor einigen Tagen mit Gorbatschow Kontakt aufgenommen und bat ihn, anlässlich unserer silbernen Hochzeit dafür zu sorgen, dass die Mauer heute geöffnet wird. (...) Nun wollen wir unsere Silberhochzeit und die Maueröffnung feiern.“

Udo und Brigitte Müller

„Vor 20 Jahren, am 9. November 1989, saß ich bei meiner Schwiegermutter am Sterbebett. Ich erzählte ihr, dass die Mauer gefallen sei und wir jetzt wieder in ihre Heimat nach Sachsen-Anhalt fahren könnten. Sie reagierte nicht mehr, aber ich erzählte ihr weiter die neuesten Ereignisse. Als ich zu Hause ankam, rief eine Pflegerin an, meine Schwiegermutter sei eingeschlafen. (...) Diese Tage werden uns immer in Erinnerung bleiben, da sie uns tief berührt haben.“

Rita Armerding

„Es waren die Tage, als das Begrüßungsgeld (pro Kopf 100 DM) aus-



Foto: Putsch

Anke Putsch aus Mölln hat uns dieses Foto geschickt. Es zeigt die Straße zum Grenzübergang Mustin/Roggendorf im Kreis Herzogtum Lauenburg am 18. November 1989 – also nur wenige Tage nach der Öffnung der Grenzen der damaligen DDR.

gezahlt wurde. Ich verließ die Wohnung am frühen Morgen mit meinen beiden Kindern, um einkaufen zu gehen. (...) Eine junge Familie kam uns entgegen. Der Blick des Vaters fiel auf meinen 18 Monate alten Sohn Max, der in seinem Buggy vor sich hin döste. „Det könnte vom Alter her hinhauen, wa?“, meinte er zu seiner Frau. Sie versperrten uns inzwischen den Weg, und der Vater sprach mich nun direkt an. Sie hätten ein Kind im gleichen Alter, das sie aber schlafend im Auto zurückgelassen hätten. Sie bekämen die 100 DM auch für das kleine Kind aber nur ausbezahlt, wenn es persönlich dabei sei. Ob es mir etwas ausmachen würde, ihnen das Kind samt Buggy kurz auszuleihen? Es hätte alles seine Richtigkeit, das „fehlende“ Kind sei hier im Ausweis eingetragen. Und dabei wedelte der Vater mit seinen Papieren. Ich überlegte eigentlich nur ganz kurz

und erklärte mich ziemlich schnell einverstanden. Natürlich ließ ich den Vater nicht einen Augenblick aus den Augen, bis die Familie freudestrahlend aus der Bank kam, mir mit einem „Dankeschön, hat allet jeklappt!“ den Buggy samt Max wieder überliebt und in der Menge verschwand.“

Christel Lotte Bachmann

„Beim Aussteigen im U-Bahnhof riss mich eine Menschengruppe mit, über U-Bahnsteig, Rolltreppe und auf den Ku-Damm, an die Stelle der Nachricht vom Mauerbau; um mich herum jubelnde Menschen aus Ost und West, die sich umarmten. (...) Ich brauchte viel Geduld für den Heimweg. Als ich am Rande West-Berlins aus der U-Bahn stieg, war es ganz still, die Straßen menschenleer. So, als wäre nichts geschehen.“

Ute Hulwa

Rückblick auf die Einheit des damaligen Reichsbundes

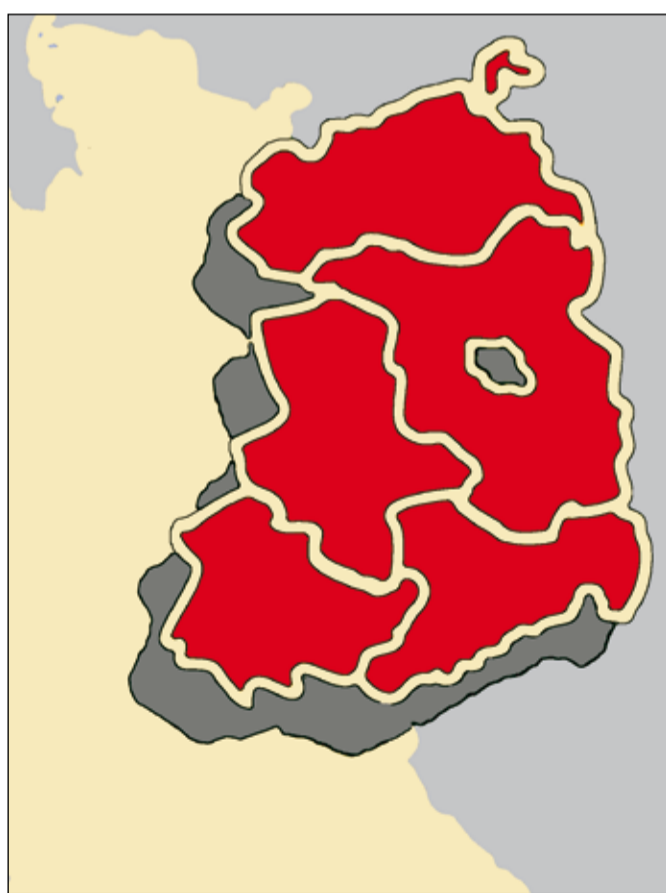
Die Entwicklung der SoVD-Landesverbände 1989/1990

Der Sozialverband Deutschland, ehemals Reichsbund, blickt auf eine langjährige Geschichte zurück. Von der Teilung Deutschlands war auch der Verband betroffen, der sich in den Nachwendejahren in den ostdeutschen Bundesländern neu gründete. In Auszügen drucken wir daher einen Text ab, den der ehemalige Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Prof. Dr. Wilhelm Simon, vor einigen Jahren verfasste.

In der sowjetischen Besatzungszone wurden von 1945 bis 1949 weder der Reichsbund noch andere Organisationen, welche Belange der Kriegssopfer vertreten, zugelassen. Lediglich den Opfern des Faschismus bzw. den Verfolgten des Naziregimes (VVN) wurden eigene Verbände gestattet und diese in die Gesamtpolitik, auch der DDR ab 1949, eingebunden und staatlicherseits gefördert. Erst mit der politischen Wende und dem Zerfall des sowjetischen Machtmonopols begannen sich in den Bezirken, später in den Ländern der ehemaligen DDR, die Kriegssopfer als Interessenvereinigung mit unterschiedlichsten Strukturen zu formieren.

Erste Kontakte mit Vertretern des Reichsbundes gab es bereits im November/Dezember 1989 in Ostberlin; in den übrigen „neuen Bundesländern“ begann die Bildung von Kriegssopfervereinigungen im Frühjahr 1990.

Das erklärte Ziel dieser zunächst lockeren, voneinander unabhängigen Vereinigungen war die materielle Anerkennung als Kriegssopfer (Versehrte und Hinterbliebene), weil es eine solche staatliche Unterstützung – von besonders schweren Fällen abgesehen – im Allgemeinen nicht gab.



Grafik: Herrndorff

Mit dem Fall der Mauer konnte die Tradition des Reichsbundes auch auf dem Gebiet der damaligen DDR fortgeführt werden, wo es bis dahin keine Interessenvertretung für Kriegssopfer gab. In den fünf neuen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen entstanden bis zum Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 die Landesverbände des heutigen SoVD.

Entsprechend groß war nach Bekanntwerden des BVG (Bundesversorgungsgesetz) und der Allgemeinen Sozialgesetzgebung in der BRD der Drang der DDR-Bürger, diese Anerkennung nunmehr unter der Organisation eines Kriegssopferver-

bandes einzufordern. Hier haben viele Reichsbund-Mitglieder, vor allem ältere, ehrenamtliche Reichsbund-Funktionäre aus der Bundesrepublik, sehr wertvolle Aufbauhilfe geleistet und sich bleibende Verdienste erworben. Dies begann meistens mit der Wiederaufnahme bis dato untersagter persönlicher Beziehungen im Verwandten- und Freundeskreis, sehr oft auch auf Anfrage und Bitte von Initiatoren einer Kriegssopferbewegung in den sich bildenden neuen Ländern der Noch-DDR. Hieraus entwickelten sich vielerorts bleibende Verbindungen zwischen Ost und West und so entstanden Betreuungsvereinbarungen, Patenschaften, Partnerschaften, die größtenteils bis dato Bestand haben.

Unter diesem Aspekt ist die Reichsbund-Entwicklung in den neuen Bundesländern zu betrachten. Das Nahziel war eindeutig die Herbeiführung gleicher Chancen für Entschädigung für erlittenes Leid als Kriegssopfer, wie sie in der BRD seit 1950, bald nach der Staatsgründung, unter Mitwirkung des Reichsbundes (siehe Entwurf des Bundesvorstandes für ein Bundesversorgungsgesetz vom 7.9.1949) gewährt wurde.

Chronik der Neugründungen

21.11.1989: Der Landesverband Berlin weist die Landesgeschäftsstelle und die Kreisgeschäftsstellen an, dem starken Besucherstrom von Bürgern aus der DDR kostenlos Rat und Hilfe zu erteilen.

26.5.1990: Als erster Landesverband des „Reichsbundes der Kriegs- und Wehrdienststopfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen (DDR)“ wird in Erfurt der Landesverband Thüringen gegründet.

21.6.1990: Wilhelm Döring (Kyritz) befürwortet Ortsverbands-Gründungen im Land Brandenburg unter dem Dach des Reichsbundes. Das von ihm organisierte Treffen (auf einer Insel im Kyritzer See) muss als Geburtsstunde des Reichsbundes im Land Brandenburg bewertet werden. Der Landesverband Berlin hatte bereits am 12. Juni beschlossen, künftig als Landesverband Berlin-Brandenburg aufzutreten.

10.7.1990: In Chemnitz wird der Reichsbund, Landesverband Sachsen, gegründet.

26.7.1990: Gründung des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern in Rostock.

3.10.1990 – Tag der deutschen Einheit: Der Bund der Kriegssopfer in der DDR geht im Landesverband Sachsen-Anhalt des Reichsbundes auf.

Übergangsweise werden an die rund 310000 Kriegssopfer 40 Prozent der in der alten Bundesrepublik gewährten Entschädigungen gezahlt. Dies könne – so der Reichsbund-Bundesvorsitzende – nur als „erster Schritt in die richtige Richtung“ gewertet werden.

Der Landesverband Niedersachsen fährt mit über 2400 Mitgliedern (in 43 Bussen) nach Magdeburg. Gemeinsam werden eine Friedenseiche und 43 Ginkgo-Bäume gepflanzt.

Oktober 1990: Die Reichsbund-Zeitung erscheint erstmals mit einer Landesbeilage für die vier neuen Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die bisherige Landesbeilage Berlin wird zu Berlin-Brandenburg erweitert.

Landesverbände Sachsen-Anhalt und Niedersachsen

Ost-West-Partnerschaft erneuert

Auch während der Trennung von Ost- und Westdeutschland war es Braunschweig und Magdeburg möglich, eine Städtepartnerschaft zu unterhalten. Diese Partnerschaft wurde nun auch auf SoVD-Ebene geschlossen.

Braunschweig und Magdeburg: Zwei Städte, die durch die ehemalige Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland getrennt wurden – wie viele andere auch. Das Besondere bei diesen beiden ist, dass sie trotzdem eine Städtepartnerschaft unterhielten. Das heißt, in Bereichen wie Sport oder Kultur gab es Kontakte. Leider zählte der Reichsbund nicht dazu, weil seine Gründung nach 1945 nicht gestattet wurde.

Erst 1990 gab es in Sachsen-Anhalt einen Neubeginn des Reichs-

bundes, dem Vorläufer des SoVD. Schon bald nach Gründung bahnten sich Partnerbeziehungen zwischen Ortsverbänden aus Magdeburg und Ortsverbänden aus Niedersachsen an. Jetzt wurde die Partnerschaft zwischen Magdeburg und Braunschweig auch auf SoVD-Ebene offiziell geschlossen und in einem Vertrag festgehalten.

„Seit Jahren arbeiten die Kreisvorstände gut zusammen. Es freut uns, dass die Partnerschaft gerade in dem Jahr, in dem der Mauerfall

sein 20-jähriges Jubiläum feiert, offiziell bestätigt wird“, erklärte Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack bei der Übergabe der Partnerschaftsurkunde. Dieses Dokument beinhaltet den Willen zur gegenseitigen Unterstützung. Beispielsweise sichern sich die beiden Kreisverbände Hilfe bei der Weiterbildung von ehren- und hauptamtlichen SoVD-Mitarbeitern zu. Des Weiteren werden regelmäßige Treffen der Orts- und Kreisverbände dem Erfahrungsaustausch dienen.



Bei der Urkunden-Übergabe von links: Adolf Koch (2. Kreisvorsitzender Braunschweig), Kai Bursie (Regionalleiter Arbeitskreis Braunschweig), Birgit Makiola (Schatzmeisterin Magdeburg), Dr. Henryk König (1. Kreisvorsitzender Magdeburg), Edda Schliepack (1. Kreisvorsitzende Braunschweig), Marlis Koch (Schriftführerin Braunschweig), Landesgeschäftsführer Holger Güssau und Marlis Bursie (Schatzmeisterin Braunschweig).

Landesverband Hessen

„Opa, was ist der SoVD?“

Diese Frage stellte Enkelin Lisa ihrem Opa Gerhard Westphal Anfang diesen Jahres. Sie war der Auslöser, dass die Familie Westphal aus Helmarshausen nun auf fünf Generationen SoVD-Mitgliedschaft stolz sein darf.

Fünf Generationen – das bedeutet fünf Leben, die teilweise so unterschiedlich sind, als wären sie in verschiedenen Welten geführt worden.

Eines haben fünf Generationen der Familie Westphal jedoch gemein-

sam: sie waren bzw. sind Mitglied im SoVD. Und auch die freundliche und kameradschaftliche Atmosphäre im Ortsverband Helmarshausen blieb über die Jahre dieselbe. „Wir sind fast wie eine Familie“, sagt Gerhard Westphal, der seit 1988 Ortsvorsitzender ist. Über Familienzuwachs im wahrsten Sinne des Wortes durfte er sich Anfang diesen Jahres freuen: Sein Sohn Reinhard mit Frau Ulrike und deren Töchter Lisa und Sera traten dem SoVD bei.

Damit ist bereits die fünfte Generation Mitglied und der SoVD nun

so etwas wie Familientradition geworden.

Begründer dieser Tradition war Gerhard Westphals Vater Karl. Er war unter den Gründern des Ortsverbandes Helmarshausen und bis zu seinem Tod im Verband aktiv. Er war es auch, der seine Eltern Minna und Rudolf für den SoVD begeisterte. 1982 setzte Gerhard Westphal die Tradition fort.

Für den Beitritt der beiden jüngsten Generationen gab Enkelin Lisa den Anstoß. „Opa, was ist eigentlich der SoVD und was machst du da?“, fragte sie im April diesen Jahres. Gerhard Westphal gab gerne Auskunft und erzählte von den Aufgaben sowie Aktivitäten des SoVD.

„Kann ich auch Mitglied im SoVD werden?“

„Wir hoffen auf viele Nachahmer!“

Beides gefiel der jungen Zuhörerin und sie erkundigte sich nach der Beitrittsmöglichkeit. Als sie von der Familienmitgliedschaft hörte, entschloss sich Lisa, auch ihre Schwester und ihre Eltern mit ins Boot zu holen – was ihr auch gelang.

„Ich bin stolz auf die fünf Generationen SoVD-Mitgliedschaft und hoffe, dass diese Tradition beibehalten wird“, so Gerhard Westphal, der sich als Vorsitzender natürlich auch innerhalb des Ortsverbandes Nachahmer wünscht. Stolz ist auch der Landesverband Hessen und schließt sich dem Vorstand des Kreisverbandes Hofgeismar an: „Wir danken der Familie Westphal für ihre generationsübergreifende Treue und hoffen ebenfalls auf viele Nachahmer.“



Familie Westphal aus Helmarshausen hält dem SoVD bereits in der fünften Generation die Treue. Von links: Minna und Rudolf Ebbrecht, Amalie und Karl Westphal, Ortsvorsitzender Gerhard Westphal und Partnerin Rosemarie Lewandowski sowie Ulrike und Reinhard Westphal mit ihren Kindern Lisa (knieend) und Sera.



Beim Blindenfußball wird den Spielern viel Geschick abverlangt.

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Blind das Runde ins Eckige schießen...

...das kann die zweite Blindenfußball-Bundesliga sehr gut und beendete die Saison mit vielen spannenden Spielen. Die Nationalmannschaft belegte im Juli bei der Europameisterschaft in Frankreich einen guten fünften Platz. Diese positiven Entwicklungen des Blindenfußballs in Deutschland sollen weiter gefördert werden.

Dazu beitragen soll die Fortbildung „Train the Trainers“ (Trainiere die Trainer) des Deutschen Behindertensportverbandes am 14. und 15. November im Sportzentrum Ruhr des Franz Sales Hauses in Essen. Wie im Vorjahr können dabei interessierte Übungsleiter und Trainer von Profis lernen. Sie dürfen Bundestrainer Ulrich Pfisterer über die Schulter schauen. Dieses praktische Lernen wird durch Theorie-Einheiten ergänzt. Außerdem werden die Teilnehmer dieser Fortbildung Blindenfußball hautnah erleben. Sie werden sehen, wie sich diese Sportart vom herkömmlichen Fußball unterscheidet und welche speziellen Leistungen den Spielern dabei abverlangt werden. Gespielt wird dazu auf dem neuen Kunstrasen-Außenplatz des Sportzentrums, der das erste speziell für den Blindenfußball ausgestattete Spielfeld Deutschlands ist. Interessierte Blinde und sehbehinderte Sportler können Blindenfußball im Verein DJK Franz Sales Haus ausprobieren. Infos unter Tel. 0201/2769-552 oder www.franz-sales-haus.de/sport.

Landesverband Schleswig-Holstein

Fest in Kiel zu Ehren 90 Jahren Frauenarbeit

Zu einer großen Festveranstaltung unter dem Motto „90 Jahre Frauenarbeit im SoVD“ kamen rund 250 Gäste ins Kieler Haus des Sports. Organisiert wurde die Veranstaltung von der Frauensprecherin des SoVD-Landesverbandes Schleswig-Holstein, Jutta Kühl. Der Einladung gefolgt waren zahlreiche Ehrengäste – unter anderem die schleswig-holsteinische Bürgerbeauftragte Birgit Wille-Handels und die Kieler Stadtpräsidentin, Cathy Kietzer, die alle Gäste herzlich in der Landeshauptstadt begrüßte.

Den Festvortrag hielt SoVD-Bundesfrauensprecherin, Edda Schliepack. Sie schlug einen Bogen von den ersten Schritten der Frauenpolitik im damaligen Reichsbund bis zu den heutigen frauenpolitischen SoVD-Forderungen. Sie schloss mit den Worten: „Mut und Selbstvertrauen ist das, was die Frauen aus der Geschichte der Frauenarbeit im SoVD schöpfen können und schöpfen wollen. Wir werden sie brauchen, wenn wir weiter daran arbeiten, wonach die Frauen in unserem Verband 90 Jahre gestrebt haben: ein sozial gerechtes und friedliches Deutschland mit gleichberechtigten Frauen!“

Eingebettet in die Veranstaltung war ein Informationsblock zum Thema „Alterssicherung für Frauen“. Während die Landesfrauensekretärin von Verdi Nord, Antje Mohr, über „Gleichberechtigung als Baustein der Rente“ referierte und Georg Roßkogler von der Vertretung der Europäischen Kommission einen Vergleich zwischen den Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Ländern der EU zog, erläuterte der Landesvorsitzende des SoVD Schleswig-Holstein, Sven Picker, die SoVD-Forderungen zur Rentenpolitik. Er stellte die Vorteile einer Erwerbstätigenversicherung dar, in die alle Erwerbstätigen – auch Politiker – einzahlen müssten. Jung und Alt forderte er auf, „Probleme gemeinsam und solidarisch zu lösen.“

Am Ende des Festes waren sich alle Gäste einig: Ein gelungener Tag, der ideal Festliches mit Informativem verband. So auch Organisatorin Jutta Kühl: „Das war heute ein guter Tag für die Frauenpolitik des SoVD.“



Schleswig-Holsteins Frauensprecherin Jutta Kühl (re.) bedankt sich bei Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack für deren Vortrag.



Filmtipp

DVD-Box: Mit Schirm, Charme und Melone

Die Serie um das Agentenpaar John Steed und Emma Peel hat in Deutschland noch immer eine große Fangemeinde. Ein Grund hierfür ist sicher, dass die Reihe sich selbst nicht allzu ernst nimmt und mit originellen Geschichten aufwartet. Das Agentenduo lässt es bei seinen Abenteuern auch nicht an Stil vermissen: Der perfekte Gentleman Steed findet in seiner ebenfalls stets elegant gekleideten Kollegin Peel die ideale Ergänzung – beide sind unwiderstehlich und überraschend schlagfertig. Mit eleganter Lässigkeit, kühlem Sexappeal und verblüffendem Scharfsinn gelingt ihnen die Aufklärung der kompliziertesten Fälle.



Mit Schirm, Charme und Melone – Edition 1. Kinowelt, insgesamt 8 DVDs, ca. 1284 Minuten, FSK ab 12, EAN: 4006680048574.

Wir verlosen unter Ausschluss des Rechtsweges drei Exemplare der DVD-Box. Schicken Sie eine E-Mail an: filmtipp@sovd.de bzw. eine Postkarte an: SoVD, Abt. Redaktion, Stichwort „Mit Schirm, Charme und Melone“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. November.

Nachgedacht

Bankier: ein Mensch, der seinen Schirm verleiht, wenn die Sonne scheint, und ihn sofort zurückhaben will, wenn es zu regnen beginnt.

Mark Twain

Variante: LEICHT

7				9	5	1		
	○		7		5			
1				9	2		4	
5	8	9					2	
2		7	○	4		6		5
	6					7	9	8
	7		1	8				4
			5		7		○	
3	1	8						9

Auflösung des Vormonats

2	8	4	6	3	5	9	7	1
1	9	5	2	7	8	3	4	6
3	7	6	9	4	1	8	2	5
5	6	1	4	2	9	7	3	8
7	2	8	1	5	3	6	9	4
4	3	9	7	8	6	5	1	2
6	4	2	5	9	7	1	8	3
9	5	3	8	1	4	2	6	7
8	1	7	3	6	2	4	5	9

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Variante: MITTEL

7	5					9	3	
2			3		4			○
1	6					8		
5			8			4		
	○		7	2	3			
		2			5			7
		6		○			7	8
			6		1			9
8	1						6	5

Auflösung des Vormonats

8	9	1	6	3	2	4	5	7
2	5	6	7	4	8	1	3	9
7	3	4	9	1	5	8	2	6
5	7	2	1	9	6	3	4	8
4	1	3	2	8	7	6	9	5
6	8	9	3	5	4	2	7	1
1	2	7	5	6	3	9	8	4
9	4	5	8	2	1	7	6	3
3	6	8	4	7	9	5	1	2

Um eines von drei Büchern zu gewinnen, senden Sie eine Postkarte mit den gesuchten, eingekreisten Zahlen (in der Reihenfolge von oben nach unten) an: SoVD, Stichwort: SoVD-Sudoku, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: sudoku@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben! Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.



Mit spitzer Feder

Der Magdeburger Zeichner und Karikaturist Phil Hubbe befasst sich oft mit Themen, die als politisch unkorrekt gelten. Über das Thema Behinderung mache man keine Witze – so ein häufiger Einwand. Phil Hubbe, der selbst an Multipler Sklerose erkrankt ist, empfindet jedoch genau das als diskriminierend. Mit seinen Zeichnungen legt er den Finger bewusst in die Wunde und ermöglicht es behinderten wie nicht-behinderten Menschen, gemeinsam zu lachen.



Musiktip

Gottfried Benn – Lyrik und Jazz

„Und dann November, Einsamkeit, Tristesse, Grab oder Stock, der den Gelähmten trägt – die Himmel segnen nicht, nur die Zypresse, der Trauerbaum, steht groß und unbewegt.“

Gottfried Benns Lyrik eingebettet in Jazz zu hören, ist eine Offenbarung. Benns Gedichte brachen formal und inhaltlich radikal mit der damals gültigen Lyriksprache und korrespondieren ausgezeichnet mit dem Jazz jener Zeit. Bis heute hat diese Verbindung nichts von ihrer Faszination verloren.

„Der Benn hätte seine helle Freu-

de daran gehabt“, sagte Gerd Westphal in der Aufnahmenacht dieser Schallplatte, die erstmals im Jahr 1960 erschien. Westphal musste es wissen. Gottfried Benn hatte ihn als einen der Wenigen bezeichnet, die seine Lyrik sprechen könnten.

Gottfried Benn – Lyrik und Jazz, gelesen von Gert Westphal. 1 CD, Universal Music 2009, ISBN 3-8291-2285-6.



Wir verlosen unter Ausschluss des Rechtsweges fünf Exemplare der CD. Schicken Sie einfach eine E-Mail an: musiktip@sovd.de bzw. eine Postkarte an: SoVD, Abt.

Redaktion, Stichwort „Gottfried Benn“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. November.



Stimmt es eigentlich, dass...

...Obst früher viel gesünder war?

Vor Kurzem bin ich über die Behauptung gestolpert, Obst und Gemüse hätten seit den siebziger Jahren 70 Prozent ihres Mineralstoff- und Vitamingehalts eingebüßt. Da diese Stoffe aber auch für Fruchtausbildung und Struktur der Pflanzen maßgeblich sind, kann ich mir das nicht vorstellen.

„Sie haben sehr richtig erkannt, dass insbesondere der Mineralstoffgehalt entscheidend für die Fruchtausbildung überhaupt ist und maßgeblich durch die Biomasse festgelegt wird“, bestätigt Günter Schumann, der bei der Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen das Institut für gartenbauliche Kulturen leitet. Mehr Biomasse bedeutet mehr Mineralstoffe, und das ist relativ unabhängig davon, wie das Gemüse angebaut wird.

Wie sieht es mit den Vitaminen aus? „Der Vitamingehalt von Pflanzen ist eng an die allgemeinen Wachstumsbedingungen gekoppelt“, sagt Schumann. Also: Licht, Nährstoffe und Wasserversorgung sind die Faktoren, die den Vitamingehalt bestimmen. Beispiel Tomate: Die ideale Frucht reift an der Pflanze auf einem guten Boden, kriegt dort viel Licht und nicht zu viel Wasser ab. Dann bildet sie viel Zucker und schmeckt so richtig nach Tomate, vor allem, wenn sie unmittelbar nach der Ernte verzehrt wird. Das geht in unseren Breiten nur im Sommer. Wir wollen aber das ganze Jahr über Tomaten essen, deshalb bekommen

wir im Winter entweder Treibhausware oder unreif geerntetes Gemüse, das einen langen Transportweg hinter sich hat. Beides ist nicht gut für die Inhaltsstoffe und für den Geschmack, die Tomate ist Wasser in seiner schönsten Form. Im Winter kann man eben in Europa keine vollreifen Tomaten produzieren.

Günter Schumann meint, dass es vor allem psychologische Faktoren sind, die die Legende vom immer

schlechteren Obst und Gemüse befördern – die verklärte Erinnerung an die „gute alte Zeit“. Eine wissenschaftliche Bestätigung für den angeblichen Qualitätsverfall gebe es nicht, die Pflanzenzüchter bemühten sich intensiv, den gesundheitlichen und geschmacklichen Wert von Obst und Gemüse zu erhöhen. Und insbesondere Zahlenangaben wie die zitierten 70 Prozent seien „nicht haltbar“, sagt Schumann.

Für Anzeigen oder Werbebeilagen ist diese Zeitung lediglich Werbeträger. Eine Empfehlung des SoVD für die vorgestellten Produkte ist damit nicht verbunden (Ausnahme: Eigenanzeigen des SoVD).

Internet (www.sovd.de): Geschichte des Sozialverband Deutschland / Sozialpolitik / Verbands-Dienstleistungen / Pressemeldungen / Wie werde ich Mitglied? E-Mail: kontakt@sovd.de

Impressum

Die SoVD-Zeitung des Sozialverband Deutschland (SoVD) erscheint am 1. eines jeden Monats. Herausgeber: Bundesvorstand des Sozialverband Deutschland e. V. – ehemals Reichsbund, gegründet 1917 – Sitz: Berlin. – Redaktion: Veronica Sina (verantwortlich), Joachim Baars, Cornelia Moosbrugger; Grafik / Bildbearbeitung: Steffi Rose; Redaktionsassistentin: Roswitha Maldenhauer; Sitz: Stralauer Str. 63, 10179 Berlin (Berlin-Mitte, Rolanufer / Jannowitzbrücke), Tel.: 030 / 72 62 22-0, Fax: 030 / 72 62 22-145. Internet-Adresse: www.sovd.de. – E-Mail: redaktion@sovd.de. Die mit vollem Namen oder Verfasserzeichen veröffentlichten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Der Bezugspreis wird im Rahmen des Verbandsbeitrages erhoben. Anzeigenverwaltung: U. Struckmeyer, Postfach 1266, 27723 Worpsswede, Tel.: 047 92 / 22 16, Fax: 047 92 / 35 30. Zurzeit gilt der Tarif Nr. 30 vom 1. 1. 2006. Verlag: Publikom Z Verlagsgesellschaft mbH, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel. Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel. Verbreitete Auflage, IVW, 2. Quartal 2009: 393 947 Exemplare.



Ort in Westfalen	südt. Landschaft	germanischer Adliger	Skat-ausdruck	Schramme, Kratzer	Tierkreiszeichen	Geschäftszentrum (amerik.)	deutscher Maler † 1911	bayer. u. österr. Rücken-trage	früher: Gemeindevorsteher	Abk.: Honorar	Hülsenfrucht-konserve	sibir.-mongol. Grenzgebirge
Figur in „Die Fledermaus“					Fulda-Zufluss		ugs.: rasen, schnell fahren		Kindertagesstätte			Altersgeldempfänger
Initialen Einsteins † 1955			Flachland					in den Boden ableiten	bargeldlos			
					Geburts-schmerzen			Verban-nungs-or		höfliche Anrede		
Verfügung	Kiefernholz-splitter		Verlassen eines Landes		südt.: Maul-wurfs-grille				Vorname d. Schau-spielers Fröbe †	Vater v. Odin (nord. Sage)		Teilzah-lungs-betrag
Geizhals									Nieder-kunft			
					Regie-rungs-form				Wirt-schafts-wissen-schaftler			
Gestalt	ugs.: wider-wärtiger Mensch		Donau-Zufluss						Metall-schlaufe			
ugs.: härtnäckig bedrängen								Getreide-reiniger	Auto-anlasser			
Abk.: Steinkohle-einheit			benach-bart, unweit		Aufnahme mit den schönsten Eindrücken				Wind-schatten-seite	AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS ■ E ■ D ■ O ■ N ■ G ■ W ■ B ■ A ■ N ■ K ■ R ■ A ■ T ■ E ■ R ■ U ■ W ■ E ■ R ■ M ■ ■ L ■ E ■ N ■ A ■ U ■ A ■ B ■ F ■ I ■ B ■ E ■ R ■ R ■ A ■ T ■ E ■ R ■ I ■ L ■ L ■ E ■ R ■ S ■ ■ E ■ R ■ L ■ D ■ A ■ M ■ M ■ O ■ F ■ O ■ S ■ T ■ H ■ E ■ H ■ E ■ R ■ R ■ A ■ T ■ E ■ R ■ H ■ O ■ N ■ O ■ N ■ S ■ ■ A ■ N ■ D ■ R ■ E ■ I ■ B ■ B ■ O ■ R ■ E ■ S ■ T ■ U ■ E ■ S ■ T ■ U ■ E ■ S ■ T ■ U ■ E ■ S ■ T ■ U ■ E ■ S ■ ■ O ■ L ■ L ■ P ■ O ■ L ■ L ■ P ■ O ■ L ■ L ■ P ■ O ■ L ■ L ■ P ■ O ■ L ■ L ■ P ■ O ■ L ■ L ■ P ■ O ■ L ■ L ■ P ■ O ■ L ■ L ■ P ■ ■ F ■ I ■ E ■ R ■ I ■ E ■ S ■ ■ S ■ T ■ U ■ D ■ E ■ N ■ T ■ H ■ E ■ I ■ M ■ ■ S ■ T ■ U ■ D ■ E ■ N ■ T ■ H ■ E ■ I ■ M ■		
quälen									Kfz-Z. Niederlande			
					Rinnstein							
Labsal, Linderung	einst-mals								Zeichen für Tellur			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.
 Das Lösungswort zum Gewinnen wertvoller Buchpreise bitte einsenden an:
 SoVD, Stichwort: Kreuzworträtsel, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an:
 kreuzwortraetsel@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben!

Frage des Monats

Im Oktober hatten wir gefragt, ob Sie eine Impfung gegen die Schweinegrippe in Erwägung ziehen. 29 Prozent würden sich impfen lassen, während die übrigen 71 Prozent dies verneinten.

Die Frage des Monats November lautet:
Glauben Sie den Versprechen der schwarz-gelben Koalition, dass es in nächster Zeit zu keinen Verschlechterungen im sozialen Bereich kommt?

Besuchen Sie zum Abstimmen unsere Homepage www.sovd.de. Dort haben Sie auch die Möglichkeit, eine eigene Antwort zu formulieren. Die Redaktion wertet alle Antworten aus und bemüht sich, diese – eventuell gekürzt – in ihre Berichterstattung einfließen zu lassen.

Bundesschatzmeisterin

Vorsicht vor Abzocke bei Gewinnspielen

„Wichtig: Gewinnbenachrichtigung“, „Sie haben gewonnen!“ – mit solchen Formulierungen führen unseriöse Firmen Verbraucher in die Irre. Schenkt man diesen Versprechen Glauben, endet es oft damit, dass man bei 0900er-Nummern Geld verschwendet, bei Veranstaltungen zu Kaufabschlüssen gedrängt wird oder dass Abbuchungen vom Konto erfolgen – wie im jüngsten Fall der Verbraucherzentrale Niedersachsen. Diese berichtet, dass die Firma „Winn Club“ Empfängern in einer unaufgefordert zugesandten Vertragsbestätigung mitteilt, für Gewinnspiele werde monatlich vom Konto abgebucht. Dafür wird ein Mindestgewinn von 450 Euro versprochen. Besonders beängstigend dabei: Im Schreiben wird bereits die Bankverbindung der Verbraucher genannt. Betroffenen wird geraten, den Vertrag sofort schriftlich zu widerrufen und gegebenenfalls Anzeige zu erstatten.

Generell ist bei unaufgeforderten Sendungen und Telefonanrufen Vorsicht geboten. Besonders dann, wenn:

- der Absender eine Adresse im Ausland angibt,
- Sie zur Zahlung aufgefordert werden oder zu einem Übergabetermin anreisen sollen, um den Gewinn zu erhalten und
- immer, wenn Ihnen kostenlos großzügige Geschenke versprochen werden, denn umsonst gibt es leider nichts.

Und sogar den Ärger der Betroffenen über unseriöse Geschäfte machen sich Gauner zunutze: Beispielsweise schreibt eine Firma Verbraucher an, denen angeblich die Auszahlung eines Gewinns versagt blieb. Als „Kämpfer für Ihr Recht“ wolle sie dafür sorgen, dass alle Geschädigten zu ihrem Geld kommen. Doch auch hierbei handelt es sich um Abzocke. Die Verbraucherzentralen warnen eindringlich davor, auf solche Einladungen zu reagieren. Der einzig richtige Platz dafür ist der Mülleimer. Mehr Informationen finden Sie im Internet auf www.verbraucherzentrale.de.

Ihre Ingeborg Saffe
 Bundesschatzmeisterin

Gewinner des Monats Oktober

Die Redaktion der SoVD-Zeitung gratuliert allen Genannten zu ihrem Gewinn! Die Namen werden in der SoVD-Zeitung und im Internet veröffentlicht; der Versand der Gewinne erfolgt wenige Tage nach Erscheinen der aktuellen Ausgabe.

Kreuzworträtsel
 Ilse Kynast (Lindhorst)
 Jürgen Spell (Herten)
 Werner Wonschik (Hamburg)

Sudoku
 Jörg Müller (Peine-Vöhrum)
 Marie Anna Mibes (Waltrop)
 Silke Kaiser (Leimen)

Buchtip (Kalender)

Helga Huntemann (Stadthagen)
 Manfred Just (Hoyerswerda)
 Karin Becker (Langenfeld)
 Erhard Stollberg (Eddelak)
 Doris Seidenberg (Bremerhaven)

Hörbuchtip
 Monika Hätscher (Großheide)
 Frank Pabsch (Melle)
 Katharina Gusikat (Windeck)

Filmtipp
 Hilke Deptulski (Ritterhude)
 Johannes Weiß (Rammingen)
 Manfred Schaefer (Bonn)

Gesucht und gefunden in der SoVD Zeitung

An- und Verkaufsanzeigen

Keine Reiseanzeigen – Keine gewerblichen Anzeigen
 An die Zeitung des SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD), Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, Postfach 12 66, 27723 Worpswede

Die nachstehende Anzeige veröffentlichen Sie bitte unter „An- und Verkaufsanzeigen“ (keine „Reise-Gewerblichen Anzeigen“), pro Zeile 5,95 Euro incl. 19% MwSt. Anzeigenannahmeschluss: Am 3. des Vormonats.

Vor- und Zuname _____
 Straße und Nr. _____
 PLZ _____ Wohnort _____

Ich ermächtige die ZEITUNG DES SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD)-Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, die Insertionskosten von meinem Konto abbuchen zu lassen. Die Bezahlung Ihrer Anzeige kann nur durch Abbuchung oder Vorkasse (Scheck) erfolgen.

Bank / Postscheckamt _____ in: _____
 Bankleitzahl _____
 Konto-Nr. _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Der Text meiner Anzeige: Ausgabe _____

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Mindestgröße 2 Zeilen = 11,90 Euro incl. 19% MwSt.											
3 Zeilen = 17,85 Euro incl. 19% MwSt.											
4 Zeilen = 23,80 Euro incl. 19% MwSt.											
5 Zeilen = 29,75 Euro incl. 19% MwSt.											
je weitere Zeile = 5,95 Euro incl. 19% MwSt.											

Kleinanzeigen in Fließsatzausführung, 1spaltig in 3 mm Grundschrift. Bis zu 3 Wörtern am Anfang fett, sonst keine Hervorhebung oder Umrandung. Pro Zeile bis maximal 38 Buchstaben bzw. Zeichen einschließlich der erforderlichen Zwischenräume. Nur allgemein gebräuchliche Abkürzungen möglich. Chiffregebühr 5,35 Euro pro Anzeige incl. MwSt.

VITAL Elektromobile
 Hersteller
 TÜV
 Reichweiten bis zu 100km
 6 bis 15km/h
 Führerscheinfrei
 *Preis bezieht sich nicht auf das abgebildete Modell
Kostenlosen Prospekt anfordern!
Tel. 02351/953060
 EAT Gundermann GmbH SoVD
 Hohe Steinert 33, 58509 Lüdenscheld

E-Mobil bzw. E-Rollstuhl, guter Zustand je VB 1.000,- €
 Anlieferung mögl. ☎ 0 51 08 / 92 54 96

Schuldnerhilfe bei:
 • Überschuldung, MB, EV
 • Lohn-, Kontenpfändung
 • Darlehenskündigung
 • Zwangsvollstreckung
 Vermittlung von Hypothekendarlehen, Umfinanzierung
ogs-schuldnerhilfe.de • ☎ 0 51 64 / 80 15 59
 Otto-Georg Schöne (Mitglied im ASH e.V.)

Antworten auf Chiffre-Anzeigen unter Angabe der Chiffre-Nr. an:
Anzeigen-Verwaltung: U. Struckmeyer Postfach 12 66 27723 Worpswede

Treppenlifte
 neu und gebraucht
Qualität zu günstigen Preisen.
 Kostenloses Angebot: 0,09 EUR/min
Tel. 0180 - 35 36 37 1 Ihr regionaler Partner in:
 Hamburg Schwerin
 Bremen Hannover
 Bielefeld Dortmund
 Köln Frankfurt
 Stuttgart Augsburg

IN RUHE GESUCHT, DAS BESTE GEFUNDEN, IN DER SOVD ZEITUNG!

Rentnerinnen und Rentner!
 Sorgen mit Ihrer Einkommensteuer?
 Rufen Sie an: ☎ 05 11 / 311 682
 Thiele - Steuerberater
 Sokelantsstraße 34 - 30165 Hannover

Männer über 50
 ...die wissen, was sie in einer befriedigten Partnerschaft wollen, nehmen Eumel-Bull-Kraft-NE Dragees, denn Liebe ist keine Frage des Alters. Mit Rinderhodendipulver zur Stärkung ohne Nebenwirkung.
 1 Packung € 28,- inkl. Versandkosten.
 Jetzt bestellen – erst in 14 Tagen bezahlen.
Otto Blocherer - Abt. 1 - Friedensstraße 4 Tel. 08 21 / 43 45 57 - 86391 Stadtbergen

Elektro-Rollstuhl, dunkelblau, Sep. 2007, 6 km/Std., bis 130kg Körpergewicht, 1.500,- € VHB ☎ 0 45 42 / 83 67 73

Treppenlifte ab 2.500,- €
 Elektromobile ab 1.498,- €
0 50 53 / 12 28
www.treppenliftservice.de

